

Nach einer Meldung der „Prestesberanza“, deren Angaben als heute unvérifiziert blieben, haben ganze italienische Kompanien Hemd und Beinkleid über die Künftin gezogen, sich also als Arbeit schmieden und so den Feind gefasst. Tragen etwa diese Truppen hohle Erkennungszeichen? Und doch erscheint der Gebrauch „falscher Uniformen“ im Kampfe als zweitloses Völkerrechtsbruch (Möller de Bar: Lehrbuch des Völkerrechts, S. 400). Schließlich wurde nunmehr auch festgestellt, daß der Siegerische Elan der Italiener auch vor dem Privatbesitz nicht halt mache, trotzdem die Heiligkeit des Privatbesitzes im Kriege in der Haager Konvention ausdrücklich verborgehen wird. Über die Wirkung dieser Völkerrechtsregel hat der tripolianische Korrespondent des Berliner Tageblatts, Goßlob Adolf Graue, den streitbare Italiener tapfer ausgeplündert haben, der stammenden Welt ein Stigmar gelungen.

Die Krone setzten die Italiener dieser reichen Serie von Völkerrechtsbrüchen mit der vor Wochentrift proklamierten Annexion von Tripolis auf. In Sicht des Völkerrechts fand die „Annexion“ eines Gebietes nur dann Anspruch auf internationale Anerkennung erheben, wenn das Gebiet „effettivo“, tatsächlich in der Gewalt des Okupators ist. Nur so weit die tatsächliche Gewalt reicht, darf tatsächliche Anerkennung erfolgen. Ist aber auch unter diesen Voraussetzungen eine Okupation in Tripolis zulässig? Keinesfalls. Nach geltendem Völkerrecht darf nur herrenloses Gut und solches Gut, das im Besitz von „Wilden und Nomaden“ ist (Möller a. a. O. S. 147), der Okupation unterworfen werden. Die Türkei aber ist ein souveräner Staat und als solcher Besitzer von Tripolis, die Türkei ist nach den eben verlungenen Ausführungen des Herrn v. Ritteren-Wächter sogar eine „Großmacht“. Eine Okupation von Tripolis erscheint deshalb ausgeschlossen, es kann nur eine „Annexion“ durch rechteckige „Eroberung“ des Gebietes und nur soweit dieses wirklich erobert ist, in Frage kommen. Die Eroberung aber erfolgt nur durch ganzliche Unterwerfung oder Unterjochung des einen Kriegführenden, wodurch der Besiegte seine „völkerrechtliche Persönlichkeit“ verliert und teilweise oder ganz aufhört, als Staat im völkerrechtlichen Sinne zu gelten. Man denkt hier an Hannover, Sizilien, Toskana, Parma usw. Kann nun heute von einer vollkommenen Unterwerfung der Türkei durch Italien die Rede sein, kann auch nur überhaupt von einer wirklichen Eroberung von Tripolis gesprochen werden? Noch heute, und heute mehr denn je besteht die Bedrohung, die die Italiener über die tripolianisch-ehrenhafte Rüste verhangt haben. Hat man ja gehört, daß ein Staat, der Herr im eigenen Hause ist, die eigenen Rüsten blockiert! Die Annexionserklärung hat dieses völkerrechtliche Monstrum konstruiert. Gewiß, die Italiener wollen die Annexion auf Vorschuß auch durch die nachfolgende Eroberung der Türkei befehligen, die italienische Flotte wird im Regischen Meer in Aktion treten. Aber die Türkei versucht über gutes Torpedos- und Minenmaterial und das kommt bei einem Zug nach den Dardanellen sehr in Frage. Und Schiffe sind breiter, wie der Venezianer Sighlos sagt. Es wird sich also keinesfalls empfehlen, die vorzuherrschende Anerkennung der Annexion von Tripolis auszusprechen.

Das Recht der Mächte, die Anerkennung der eben notifizierten Annexion von Tripolis zu verwirken, folgt demnach schon aus den oben ausgeführten Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts. Ein Recht zum Widerspruch und zur Reklamation bleibt den Mächten auch trotz der vollendeten Tatsache und über das Anerkennungsrecht weit hinausgehend gewahrt. Vor allem verpflichtet der Berliner und der Pariser Vertrag die Signatarmächte zur Wahrung der türkischen Gebietsintegrität. Direkt in die gegebene Frage greift jedoch der Kongovertrag, dessen Artikel 34 (Kap. VI) also lautet:

„Diejenige Macht, die in Zukunft von einem Gebiete an der Küste des osmanischen Festlandes, das außerhalb ihrer gegenwärtigen Besitzungen liegt, Besitz ergriff... wird den betreffenden Ali mit einer an die übrigen Signatarmächte... gerichteten Erklärung begleiten, um dieselben instand zu setzen, gegebenenfalls ihre Reklamationen geltend zu machen.“

Werden im Sinne dieses Artikels Reklamationen erfolgen? Die Antwort auf diese Frage wird bald erzielt werden und dann wird sich zeigen, ob die Geschichte von einer registrierten Völkerrechtsgemeinschaft und von einem existierenden Völkerrecht nur teilweise oder völlig als Legende gewertet werden muß. Der italienische Zug nach Tripolis leistet jedenfalls bedeutende Aufklärungsarbeit. Voraussichtlich wird er noch deutlich zeigen, daß nur das internationale Proletariat als Träger der Idee einer wirklichen Völkerrechtsgemeinschaft in Frage kommt.

Deutsches Reich.

Konservative Wahlmanöver.

Je näher die Wahlen kommen, desto banger scheint den Konservativen zu werden. Es ist daher kein Wunder, daß sie sich kreuz und quer legen, um zu reiten, was zu retten ist. Um die Empörung der durch die Zensur aufgepeitschten Volksmassen von sich abzulenken, hatten die Herren Agricola ein großes Geschehni über die Vertierung der Nahrungsmitte durch den Zwischenhandel angehoben. Jetzt haben sie es mit der Angst bekommen. Sie fürchten, daß es ihnen nicht gelingen wird, aus den Steinen der kleinen Kaufleute Stimmen zu bekommen. Deshalb muß natürlich das mittelstandsfreudliche Herz steuern wieder entdeckt werden. So geht die Kreuzzeitung in einem Artikel „Leitung, Liberalismus und Handel“ den kleinen Geschäftleuten folgendermaßen um den Bart:

Die vielfach künftlich hoch, oder wenigstens weit über Gehalts hochgetriebenen Preise haben sehr viele Stadtverwaltungen und eine noch viel größere Anzahl von Arbeitgebern geradezu gezwungen, die Verförderung der ihrer Obrigkeit angetrauten Angehörigen der mindervertretenen Stände selbst, unter fast völliger Auschaltung jedes Handels in die Hand zu nehmen. Die hierdurch dem unteren Zwischenhandel entgangenen Gewinne sind wohl schon jetzt größer, wie sein Anteil an der ungewöhnlichen Preissteigerung gewesen ist, während einige handeln, allenfalls auch einige tausend Großhändler ihre Schädel, dessen Wert nur mit sieben- oder achtstelligen Zahlen ausdrücken ist, allerdings im Trocken haben. Weit größer aber für den eigentlichen Kleinhandel ist noch die Gefahr, daß diese Entwicklung weiter am sich greift und dauernd wird. Nicht in der Erzielung eines möglichst hohen Augenblicksgewinns liegt das Hauptinteresse des direkt mit dem Gebraucher verbreitenden Teiles des Zwischenhandels, soweit er geringer oder nur mittleren Umfangs ist, sondern an der Aus-

lebe zu denartigen Handelsgewohnheiten, die zum ein dauerndes und hinziedendes Auskommen ermöglichen. Das ist aber bei der Entwicklung, wie wir sie unter dem Druck einer freien Wirtschaft von unschätzbarer und kostspieliger Seite durchgemacht haben, schwer zu bewältigen. Nicht nur droht dem mittelständischen Zwischenhandel die recht dringende Gefahr, welche Gewerbe seines Wirtschaftsgebiets zu verlieren, sondern auch diejenige, statt des eroffneten Gewinnes bei unvermeidlichen Preisrückgängen Verluste zu erleiden.

Erst hat gerade die Kreuzzeitung sehr scharf gegen die Zwischenhändlerstellung genommen, ohne sich bei ihren Angriffen auf die großen Händler zu beschränken. Jetzt will sie wieder den kleinen Kaufleuten weismachen, daß die Konservativen ihre besten Freunde seien, nur die Großen, das seien die bösen Leute, die an allem Unheil schuld sind.

Die Kreuzzeitung kann mit ihrem Liebeswerben höchstens bei solchen Leuten Glück haben, die über eine gehörige Portion Dummlheit verfügen. Kann doch überhaupt kein vernünftiger Mensch die Mittelstaatsunrechtslosigkeit von Leuten ernstnehmen, die über die Konsumvereine in den Städten zwar zetzen, selbst aber allerhand Genossenschaften gründen, die den Mittelstand schwer schädigen müssen.

In einem anderen Artikel versucht es das Junckerblatt mit dem Groußmachiens:

Die Groußmachiens lebt deutlich genug für alle, die sich den lauten Mahnungen dieser untrüglichen Lehrlingsstern nicht verstellen, daß die Demokratie, wenn sie freie Wahlen bekommt, sich mit jener ihr innenwohnenden unheimlichen Konsequenz bis zum letzten Ende entpfeilt. Ihr erster Bestreben ist, wenn sie Einfluss im Staate gewinnt, um die durch ihre Macht überwiegende breite Masse bei der Wahl zu holzen, die Gleichheit auch nach Möglichkeit tatsächlich durchzuführen. Das sucht sie dadurch zu erreichen, daß sie die Staatslasten unverhältnismäßig schwer auf die Schultern derjenigen legt, die noch irgend etwas besitzen. Und das sind keineswegs nur die oberen Schichten, auch der Mittelstand würde die Last nicht auf schweren empfinden. Schlimmer aber noch als die direkte Belastung würde sich ungewiss die fast völlige Rechtslosigkeit aller Arbeitgeber bis zum kleinste heraus geladen machen, gegenüber dem wohl geistigen Übermuth der Arbeit. Ein unmäßiger sozialdemokratischer Erfolg bei den Reichstagswahlen würde die Staat- und Postkasse mit dem Groußmachiens drohen.

Hier soll also den Besiegenden Angst um ihre Parteimonties gemacht werden. Ganz ungeldmäßig wird zum Ausdruck gebracht, daß die Konservativen auch weiterhin sich vor das Parteiennomie der besiegenden Klassen stellen werden. Für den, der die konservativen Herrschaften kennt, war es ja ohne die besondere Versicherung der Kreuzzeitung klar, daß sie auch in Zukunft versuchen werden, die Staatslasten möglichst den armen Massen, den Pfeiflochen aufzuerlegen, die sich jeden Pfennig, den sie mehr an Steuern zu zahlen haben, am Mund abdrücken müssen. Die Grenzziehung tut sich auf die volksfeindlichen Absichten ihrer Partei noch besonders etwas angute. Die besiegholten Wähler in Stadt und Land werden gut tun, sich das für den 12. Januar zu merken.

Ein Herrenhausmitglied, v. Puttkamer, beschäftigt sich in der Kreuzzeitung wieder, einmal mit der Stichwahlaffäre der Konservativen. Die konservative Parteileitung soll, so meint Herr v. Puttkamer, an die andere bürgerlichen Parteien mit der Anfrage herantreten, ob verhältnisweise inwieweit sie sich für die Stichwahlen zu einer überzeugenden gegenseitigen Unterstützung bereitfinden wollen. Erfolgt auf solche Anfrage binnen einer bestimmten Frist eine ausweichende oder ablehnende oder überhaupt keine Antwort, so enthalten sich die Konservativen bei einer Stichwahl zwischen einem Mitglied dieser Parteien und einem Sozialdemokraten der Abstimmung und überlassen den Gegnern den Kampfplatz zur alleinigen Entscheidung.

Hier wird es zur Abwechslung wieder einmal mit Drohungen versucht. Bezeichnend ist, daß der Herr v. Puttkamer empfiehlt, bei Stichwahlen mit den Liberalen sollten sich die Konservativen der Wahl enthalten, wenn die Liberalen ihre Wünsche nicht erfüllen. — Wenn irgendwo einmal Anhänger anderer bürgerlicher Parteien irgendwie die Sozialdemokratie unterstützen, erheben die Konservativen stets ein großes Geschrei. Aber nach Herrn v. Puttkamer — und dieser steht mit seiner Ansicht nicht allein — sollen die Konservativen unter Umständen etwas tun, was auf eine direkte Förderung der Sozialdemokratie herauskommt, und zwar nur um ungezogene Liberalen zu bestrafen. Es ist eben alter Juncker-

grundsatz: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.

Ritteren-Glaß.

Ein heiteres Zwischenspiel im überaus ernsten Marotto-Drama bilden die Auseinandersetzungen, die sich zwischen Herrn v. Ritteren-Wächter und dem Vorstand des Altdutschen Verbandes, Herrn Glaß, angekommen haben. Herr v. Ritteren hatte in der Budgetkommission unter schallender Heiterkeit erzählt, daß Herr Glaß im ursprünglichen Text seiner Marottobroschüre auch für eine „friedliche Aneignung“ des Rhone-Departements eingetreten sei. Herr Glaß, der sich stets an seinen verwundbarsten Stelle getroffen fühlt, wenn man über ihn lacht, will nun durchaus ernst genommen sein und verteidigt eine eiszeitlange, bitterböse Erklärung, in der er seinen Gegner eines unerhörten Vertrauensbruchs beschuldigt. Er versichert ferner, daß sein Gedankengang vom Staatssekretär falsch dargestellt wurde und schließt mit drohender Gebärde:

„Ich halte mich für berechtigt, eine amtliche Richtigstellung der Ausführungen des Staatssekretärs, soweit sie mich betrifft, erwarteten und fordern zu dürfen; sollte sie nicht unverzüglich erfolgen, so müsse ich annehmen, daß Herr v. Ritteren-Wächter den unantastbaren Versuch an unangeführtem Objekt“ gemacht hat, mich und die altdutsche Sache durch die vorgetragene Unwahrheit öffentlich herabzu ziehen, und ich müsse mir vorbehalten, diefer Ersternach zu entsprechen zu verfahren.

Herr Glaß ist nun einmal ein treudeutscher Mann, der seinen Witz versteht, am wenigsten dann, wenn er über ihn selbst gemacht wird. Was der Nachteile brüdernde Germane nun eigentlich im Schild führt, ist nicht leicht zu erraten, allenfalls könnte man aus seinem Geilen eine versteckte Dueldrohung herauslesen. Die Polizei hätte jedenfalls gut aufzupassen, daß weiter kein Unheil geschieht.

Aus dem neuen „Sozialistenpiegel“.

Zum Verlage der Freisinnigen Zeitung ist eine neue Auflage des Sozialistenpiegels erschienen, der Feindseligkeit von Eugen Richter beraubtge worden ist. Besser ist das Nachwort des Verfassers der Spargnes und der Strampelanno sicherlich nicht geworden; die Epigonen des großen Sozialistenfürsten Eugen haben nicht gefangen mit Fällungen, Verdrehungen, Uebertreibungen.

Greifen wir nur eins heraus. Auf Seite 120 der Broschüre wird der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, sie habe bei den Wahlen 1907 die Reaktion unterstützt. Eine Unterstützung der Rechten läge schon vor, indem die Sozialdemokratie überall eigene Kandidaten aufstelle. In zahllosen Räumen habe es die Sozialdemokratische Partei in der Hand gehabt, durch Eintritt in einen Frei-

hinnigen gleich im ersten Wahlgange diesen in eine aufwärtsreichende Stichwahl zu bringen.

Die Herren vom Freisinn muten der Sozialdemokratie alle die Agitation für die eigene Partei und ihre Grundsätze und damit auch ganz gewöhnliche politische Ausklärungsarbeit, die in der Wollbach, auf die ist, von vorneherein vergangen. Und dieses Schauspiel wird recht ungünstige Elemente betrachtet werden müssen, doch als Anstrengung ins Parlament zu bringen in der Lage ist.

„Meinere Uebel“ betrachtet, allerdings bald mit mehr, bald mit allermeisten Fällen unterdrückt werden. In einzelnen Wahlkreisen allerdings und zu gewissen Zeiten sind unsere Genossen in der Gleichheit auch schon zu dem Ergebnis gekommen, daß die politische Moral und Gouvernabilität einander gleichzeitig sind und haben sich deshalb der Stimme enthalten. 1907 fand bei den Sozialistenpiegeln festgestellt, in einigen Wahlkreisen gehalten, keinen einzigen Wahlkreis, der die Sozialdemokratie in einer Linie enthalten.

Und zwar die Rechte: Die Freisinnigen haben bei den Wahlen 1907 nicht weniger denn 28 Wahlkreise die Reaktion ausgewählt, indem sie gegen die Sozialdemokratie stimmten. Daß offenbar ein unterschiedliches Verhalten sich diese „Wolfspartei“ für die Konservative, Reichspartei, Nationalliberalen, ja sogar für die Antisemiten!

Und dieser Freisinn wagt es, die Sozialdemokratie der Unterstützung der Reaktion anzufügen!

Die Hirsch-Dunderschen gegen Fortschritter und christliche Arbeiterschäfer.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.) hat folgende, einstimmig angenommene Resolution an den Reichstag abgefasst:

Der Zentralrat der deutschen Gewerksvereine (G.-D.) rief noch in letzter Stunde an den Hohen Reichstag die bringende Einladung gebracht, daß die Konservativen auch weiterhin sich vor das Parteiennomie der besiegenden Klassen stellen werden. Für den, der die konservativen Herrschaften kennt, war es ja ohne die besondere Versicherung der Kreuzzeitung klar, daß sie auch in Zukunft versuchen werden, die Staatslasten möglichst den armen Massen, den Pfeiflochen aufzuerlegen, die sich jeden Pfennig, den sie mehr an Steuern zu zahlen haben, am Mund abdrücken müssen. Die Grenzziehung tut sich auf die volksfeindlichen Absichten ihrer Partei noch besonders etwas angute. Die besiegholten Wähler in Stadt und Land werden gut tun, sich das für den 12. Januar zu merken.

Ein Herrenhausmitglied, v. Puttkamer, beschäftigt sich in der Kreuzzeitung wieder, einmal mit der Stichwahlaffäre der Konservativen. Die konservative Parteileitung soll, so meint Herr v. Puttkamer, an die andere bürgerlichen Parteien mit der Anfrage herantreten, ob verhältnisweise inwieweit sie sich für die Stichwahlen zu einer überzeugenden gegenseitigen Unterstützung bereitfinden wollen. Erfolgt auf solche Anfrage binnen einer bestimmten Frist eine ausweichende oder ablehnende oder überhaupt keine Antwort, so enthalten sich die Konservativen bei einer Stichwahl zwischen einem Mitglied dieser Parteien und einem Sozialdemokraten der Abstimmung und überlassen den Gegnern den Kampfplatz zur alleinigen Entscheidung.

Der berüchtigte Kompromißantrag aller bürgerlichen Parteien, durch den die Heimarbeiter um einen lange ersehnten in England bereits eingeführten Fortschritt, die Errichtung der Lohnintern, betrogen werden sollen, trägt u. a. die Unterschriften des fortschrittlichen Herrn Manz (Erlangen-Nürnberg) und der christlichen Arbeiterschäfer Behrens (Weimar-Limburg) und Pieper (Freiburg). Diese Leute wollen den Arbeitern ein Recht verweigern, für das sich nach dem Spruch der Hirsch-Dunderschen „die angesehendsten bürgerlichen Sozialpolitiker“ ausgesprochen haben. Die einzige Partei, die die Förderung der angesehensten bürgerlichen Sozialpolitiker eintritt, ist die Sozialdemokratie.

Und da sollte es immer noch Arbeiter geben, die er vernagelt sind, nicht zu begreifen, daß Arbeiterinteressen bei der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, endigt und ausreichende Vertretung finden!

Die Parteiverschiebungen im Reichstage.

Die Boff. Btg. weiß darauf hin, daß seit der Wahl von 1907 im ganzen 48 Reichstagserlaßwahlen erheblich gewechselt sind, abgelehnt von der offengelassenen Fraktionen zu Liebermann von Sonnenberg. Von 48 Reichstagserlaßwahlen sind 30 für die Partei, die im Besitz des Mandats war, erfolgreich gewesen, 18 haben mit einem Verlust des Mandats geendet. In 18 Wahlkreisen ist also seit 1907 eine Parteiverschiebung erfolgt.

Die Konservativen und Christlich-Sozialen erzielten nicht einen einzigen Gewinn, verloren aber vier Mandate: Emden-Norden und Labiau-Behlau an die Sozialistische Wolfspartei, Siegen und Oelzto-Putz an die Nationalliberalen.

Die Antisemiten gewonnen gleichfalls nirgends ein neues Mandat, verloren aber zwei Wahlkreise: Eilenach und Bischofswar-Marienberg an die Sozialdemokratien.

Das Mandat des Bundes der Landwirte für Alzen-Wittingen ging nach dem Tode des Abg. Steller an das Judentum über.

Reben diesem Mandatgewinn hatte das Zentrum drei empfindliche Verluste zu verzeichnen: Es verlor Hammstadt und Konstanz an die Nationalliberalen.

Die Welfen eroberten Sylt-Hoya-Verden von den Nationalliberalen.

Die Nationalliberalen gewannen vier Mandate: Siegen von den Christlich-Sozialen, Oelzto-Putz von den Konservativen, Hammstadt und Konstanz von der Sozialdemokratie.

Das Mandat des Bundes der Landwirte für Alzen-Wittingen ging nach dem Tode des Abg. Steller an das Judentum über.

Die Welfen eroberten Sylt-Hoya-Verden von den Nationalliberalen.

Die Sozialdemokratien endlich gewonnen zehn Mandate: zwei von den Antisemiten (Eilenach und Oelzto-Putz), zwei von der Christlich-Sozialen (Oelzto-Putz und Bischofswar-Marienberg), zwei von der Fortschrittlichen Wolfspartei (Niedermühle-Wolmirstedt und Dalle), fünf von den Nationalliberalen (Verden, Koburg, Friedberg, Hammstadt, Frankfurt-Lebus) und schließlich vom Zentrum Düsseldorf.

Die Sozialdemokratien schließen mit 100.000 Stimmen ganz knapp in Wittenbergen ein. In Hammstadt und Friedberg gewinnt die Sozialdemokratie ebenfalls.

Die Fortschrittliche Wolfspartei verliert an der Sozialdemokratie Uelzen-Wolmirstedt und Dalle, gewinnt aber von den Konservativen Emden-Norden und Labiau-Behlau.

Die Sozialdemokratien endlich gewonnen zehn Mandate: zwei von den Antisemiten (Eilenach und Oelzto-Putz), zwei von der Christlich-Sozialen (Oelzto-Putz und Bischofswar-Marienberg), zwei von der Fortschrittlichen Wolfspartei (Niedermühle-Wolmirstedt und Dalle), fünf von den Nationalliberalen (Verden, Koburg, Friedberg, Hammstadt, Frankfurt-Lebus) und schließlich vom Zentrum Düsseldorf.

Mit dem Heisterbeckwörter Böllow sei also auch das

Glück der nationalen Parteien dahin. Dasselbe wurde auch noch dem Abg. Bischofswar gesagt. Die Sozialdemokratie aber wird ungeachtet der kommenden und gehenden Männer weiter Fortschritte machen.

Als Teil der Militärpol. Mittwoch den 10.

Bei den freien Wahlen gegen 1908 Et.

Die Bürgerlichen einen klaren Sieg erlangten.

Bei den Wahlen am 10.

Der best. Zusamm. der Wahlen der Mittwoch den 10. Februar 1908 verlängerte

Die G. Variet.

Reichstagsauflösung in Sicht?

Als Termin für die Auflösung des Reichstages ist, wie die Militärpolitische Korrespondenz verübt zu können glaubt, Mittwoch der 6. Dezember in sichere Aussicht getommen.

Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt.

Bei der Stichwahl zum Rudolstädter Landtag im Wahlkreis Glanfelde am Freitag ist Genoss Ali Oswald mit 455 gegen 348 Stimmen, die der Agrarier Arsten erhielt, unterlegen. Die bürgerlichen Wähler, die im ersten Wahlgang gegen sieben Kandidaten gewählt waren, stimmten diesmal geschlossen für den Agrarier. Genoss Oswald wird aber trotzdem in den Landtag einzehen, da er schon bei den allgemeinen Wahlen am 10. November im Wahlkreis Amtsgemeinde Lauta gewählt wurde.

Der deutsch-nordische Handelsvertrag vom 28. August 1900 steht Zusatzabkommen vom 26. April 1907 ist nach einer Mitteilung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bis zum 25. Juni 1914 verlängert worden.

Ausland.

Frankreich.

Die Entschädigungsansprüche der Konsortgesellschaften.

Paris, 26. November. In der Kommission für auswärtige Angelegenheiten ist die Lage der französischen Konzessionen in den von Deutschland abgetretenen Provinzen besprochen worden. Wie erwartet, eroberten einige der betroffenen Gesellschaften Ansprüche auf Entschädigung durch den französischen Staat. Auf eine Anfrage der Ministerpräsidenten Gallieni erklärt, das seiner Meinung nach die Gesellschaften auf eine solche Entschädigung keinen Anspruch haben, da nach dem Vertrage die Überhöheit einfach von Frankreich auf Deutschland übergeht. Derselben Meinung ist Herr Zappe, der juristische Beirat des Kolonialministeriums, der erklärt, daß nach Artikel 6 des Kongreßabkommen die Gesellschaften nichts vom französischen Staat zu erwarten haben. Von 30 Gesellschaften werden 18 teils in ihrem ganzen Interesse, teils nur partiell durch das Kongreßabkommen berührt.

Kolonialhöhen.

Paris, 26. November. Petit Journal behauptet, die französischen Besatzungsgruppen in Marokko seien sehr stark von Krankheit beimessen und die Sterblichkeit unter ihnen erstaunlich groß. Alle drei Tage gingen Abteilungen von 150 bis 200 Franken durch Rabat. Es gebe gegenwärtig fast gar keine gesund dienstfähigen Truppen in Marokko.

Portugal.

Zusammenfassung.

Lissabon, 26. November. Aus Anlaß der Ausweitung zweier Cholera, die ihre frontalen Eupen in Lissabon behandeln lassen wollten, kam es zu Protesthandlungen der Menge. Militär mußte einschreiten, wobei einige Personen getötet, andere verwundet und mehrere verhaftet wurden.

Peru.

Ruhlands Raubzug.

Petersburg, 26. November. Aus kompetenter Quelle berichtet, daß die russische Regierung durch die peruanische Entschuldigung und die Erziehung der Gendarmen auf der Festung Schoah es Saltos durch sozialen Frieden gewünscht ist. Die russischen Truppen bleiben in Peru, und werden nach Bedarf, je nach dem sich die Dinge entwickeln, weiter vormarschiert.

Mexico.

Die neuen Waffen.

Mexico, 25. November. Amtlich wird gemeldet, daß ein weiterer Kampf zwischen Bundestruppen und Aufständischen bei Potosí stattgefunden habe. Sechzig Mann seien getötet oder verwundet worden. Im Oaxaca herrsche sehr große Unruhe; die Bevölkerung droht sich zu erheben.

In einem Kampf bei Santa Anna, der den ganzen Tag wählt, haben Regierungstruppen in Stärke von 400 Mann 800 Zähler des Generals Zapata gefangen. Von diesen wurden 22 getötet, Japania ist geflüchtet. Verschiedene Hinrichtungen werden auf den in ländlichen Orten gemeldet, wo die Regierungstruppen Recht erhalten haben, jeden zu töten, der schuldig befunden wird, die Revolution offen geschürt zu haben.

Die chinesische Revolution.

Langfang, 26. November. (Meldung des New York Herald.) Eine Rebellenabteilung von 1500 Mann Stärke und zwei Feldkanonen brachte 300 lokalen Truppen eine schwere Niederlage bei und nahm ihnen zwei Kanonen nach feindseligem Gefechte in der Nähe des Friedhofes von Ming ab. Nach Angabe der Rebellen verloren die feindlichen Truppen 1000 Mann, während auf Seiten der Rebellen nur zwei Mann verwundet wurden. Man glaubt, daß der Feind jetzt heute in die Hände der Rebellen fallen wird, und daß damit die Stadt Nanjing den Rebellen offen ist.

London, 26. November. Wie der Korrespondent des Reuters-Zeitung, der hier bei den Angreifern vor Nanjing befindet, telegraphiert, haben die Revolutionäre heute früh 7½ Uhr bekannt, Nanjing von einem etwa 5 Meilen nördlich der Stadt gelegenen Platz aus zu bombardieren. Nach einem bisher noch unbestätigten Bericht sollen die Kaiserlichen bereits 800 Tote haben.

Piratenanwesen im Kanton-Delta.

Hongkong, 26. November. Das Delta des Kantonstromes ist voll von Piraten. Die britischen Behörden waren gezwungen, ihre Torpedoboote abzufinden, um den britischen Dampfer Shun Yip ihre Angriffe zu schützen. Das Schiff strandete in der Nähe von Haikou und wurde zuerst von den Piraten beschossen und dann von ihnen überfallen. Die wenigen Europäer an Bord mußten sich nach entzündtem Widerstand zurückziehen. Zwei chinesische Passagiere wurden getötet, andere mehr oder weniger schwer verletzt. Nachdem die Shun Yip ausgeraubt war, ließ man sie nach Hongkong weiterfahren. Der chinesische Dampfer Amaranth wurde gleichfalls zwischen Wuschan und Shanghai überfallen und 100000 Dollar, die er in barer Münze mit sich führte, verbrannte. Eine ganze Flotille von Seeräubern, bestehend aus einem Torpedoboot, einem Passagierdampfer und zwei Frachtdampfern, fuhr später in Wuschan ein und verlangte die Lieferung der Regierungskasse. Die Garnison geriet in Kampf mit den Piraten und ihrer Kompagnie gelang es, die Seeräuber zurückzuschlagen. Alle ihre Schiffe waren auf und nur dem Torpedoboot gelang es, zu entkommen. Mehr als 100 Piraten wurden getötet. 75 wurden gefangen genommen und später hingerichtet.

Putschversuche in Masien.

Petersburg, 26. November. In Wuschan versuchte General-Lantianwei, der Kommandeur der 20. Division, die Gewalt gegen den Haushalt des Generalgouverneurs sowie des Provinzialrats zu übernehmen und damit das Signal zur Revolution zu geben. Die Offiziere bewegten jedoch den Oberkommandierenden. General Lantianwei zog darauf mit seinen Verbündeten nach Sapanhuan. Die Bevölkerung ist sehr erregt, da sie blutige Ereignisse befürchtet. Die Abreise vieler Familien nach Norden hält an.

Japan's Verhältnisse.

Tokio, 26. November. Nach einer amtlichen Meldung ist die japanische Regierung gemäß dem Beschlüsse der diplomatischen Vertreter in Peking, wegen der gegenwärtigen Lage die fremden Garnisonen in Peking zu verstärken, bereit, bemüht die notwendigen Verstärkungen zu schicken. Ebenso wurde beschlossen, wegen der sehr begrenzten Anzahl der in Peitschi stationierten Truppen gleichzeitig eine entsprechende Truppenmacht nach Tientsin zu senden. In Peking und Tientsin werden die Truppen insgesamt um ein Bataillon Infanterie und eine Maschinengewehrkompanie vermehrt werden. Die Gesamtzahl der Streitkräfte in Peitschi wird die Truppenzahl nicht überschreiten, die sich vor der Reduzierung im Jahre 1906 dort befand.

Der Daily Telegraph meldet aus Peking, daß die japanische Regierung in Verhandlungen mit dem Hof steht, um ein Sondermandat zur Intervention in China zu erlangen.

Die Ansicht der deutschen Regierung.

Zur Lage in China schreibt unter Regierungsbürgern, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Das Deutsche Reich ist, so ist unter Vorbereitung Kiautschou bisher nicht in Mitleidenschaft gegangen. Die Provinz Schantung, in der dies Gebiet liegt, ist eine derjenigen Provinzen, in denen sich die Ereignisse recht erwidern. Sicher hat diese Provinz sogar ihre Unabhängigkeitserklärung überreisen. Am Yangtschekiang bezogen, an dessen Mündung das Zentrum der Revolution mit den Städten Honfau, Hanjung und Tsingtau, und an dessen Unterlauf die großen Städte Nanjing, Tschinkiang und Chongting liegen, sind gewaltige deutsche Interessen versteckt. Vor Honfau ist bestellt, eine im Verhältnis zu den übrigen Mächten ansehnliche deutsche Kriegsmacht verstreut. Da einem Eingreifen der fremden Mächte, die alle erforderlichen Maßnahmen getroffen haben, nach dann gerechnet werden, wenn es Spannung kommt, den Bürgern der Republik nicht gelingen kann, Leben, Eigentum und Handel der Fremden in China zu schützen. Sicher für die bereits geschickten Soldaten zu schaffen und die Finanzverhältnisse des Reichs in Ordnung zu halten.“

Zum Tripoliskrieg.

Tripolis, 26. November. Am 19. November begann nachmittags ein neuer Kampf gegen Gekra, der auch in den folgenden Tagen fortgesetzt wurde. Die italienischen Kriegsschiffe beteiligten sich durch Geschütze, das von der Küstensiedlung erwidert wurde. Mehrere Bomben platzen in der Stadt, so eine in der Nähe eines deutschen Konsulats, eine andere im Telegrafenamt. Der durch das Bombardement angerichtete Schaden ist erheblich. — Die Cholera ist weiter in der Abnahme begriffen.

Tripolis, 26. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Heute fand erfolgt der allgemeine Vormarsch der italienischen Truppen an der südlichen Front. Er trat auf allen Punkten von vollen Erfolg gekrönt und schloß mit dem Rückzuge des Feindes aus seinen besetzten Stellungen. Diese Mission gewährte sich nach einem sehr lebhaften Kampfe, der den ganzen Tag dauerte, zu einem glänzenden Siege, der für den ganzen Feldzug von entscheidender Bedeutung sein dürfte.

Tripolis, 26. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Die Vorrückung begann um 6 Uhr früh. Um 7 Uhr eröffnete die leidliche Artillerie das Feuer. Unter dem Schutz der Artillerie ging die italienische Infanterie zum Angriff auf das Fort Menel vor. Sie mußte eine Verteilung nach der anderen, ein Haus nach dem andern, den Trümmern aller Art verschönzt hatten. Ein Haus mußte in die Luft gesprengt werden, so erblittet war der Hoh der Infanterie. Gegen 4 Uhr nachmittags war der Vormarsch auf der ganzen Linie durchgeführt. Auch das Dorf Menel wurde besetzt. Der Feind zog sich auf allen Seiten in Unordnung zurück. Die italienischen Truppen rückten im Freien und im offenen Terrain vor. Zahllose Tücher sollen gefangen genommen worden.

Tripolis, 26. November. General Fruozzi gab den Befehl zum Vormarsch bis zum Fort Mehri und bis Elcharni. Das Fort Mehri wurde um 9½ Uhr besiegt. Das 50. italienische Infanterie-Regiment ist auf dem östlichen rechten Flügel in einer lebhaften Kampf mit türkischen regulären Truppen verwickelt.

Derna, 26. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern wurde auf dem Plateau vor der Stadt eine Grabung mit zwei Bataillonen Infanterie, einem Bataillon Alpenjäger, drei Maschinengewehr-Abteilungen, einer Abteilung Gebirgsartillerie und einer Kompanie Matrosen vom Unterschiff Apollon unternommen. Gegen 9 Uhr wurden beträchtliche Streitkräfte des Feindes gemeldet, und kurz darauf begann ein lebhafter Kampf, der bis 5 Uhr nachmittags dauerte. Die Türken und Araber, die entworfene Verluste erlitten hatten, verloren an Boden und begaben sich zurückzulegen. Bei Sonnenuntergang gingen auch die italienischen Truppen, nachdem sie den Feind aus den Augen verloren hatten, auf Derna zurück. Die italienischen Verluste betragen 50 Mann, darunter 12 Tote.

Mari, 26. November. Im militärischen Kreis zirkuliert das Gerücht, Generalmajor Garibaldi, Generalkommandeur der Besatzungstruppen in Tripolis, sei überzeugt, weil seine Stellung durch die verhinderte Artillerie, die allenfalls gegen die militärischen Machthabern in Tripolis geführt werden könnte, unholzbar geworden sei. Man befürchtet bereits einen der Generale, die gegenwärtig noch dem Kriegsschauplatz unterwegs sind, als Nachfolger.

Die Blodabefreiung in den Dardanellen.

Paris, 26. November. Es bestätigt sich, daß die russische Regierung in der Frage der Belastigung des Grundhafes der Neutralität der Dardanellen an die Mächte herangetreten ist; sie läßt sich dabei auf den betreffenden Artikel des Londoner Vertrags vom 12. März 1871. Zur Wahrung seiner durch die angekündigte Dardanellenblödade gefährdeten Interessen befreit sich Russland in seiner Art die Großmächte geäußerte Note besonders hervor, daß die auf die Vergrößerung zur See angewiesenen südlichen Distrikte Russlands im Bereich des Blokade direkt einer Wollage ausgesetzt seien könnten. In Paris wird der russische Standpunkt nicht nur mit Beziehung auf die Dardanellenkonvention von 1873 unterschieden, die für den Eintritt von Handelsfahrten ins Schwarze Meer keinerlei Beschränkung vorsieht, sondern auch mit Bezug auf das allgemeine Völkerrecht. Dieses bestimmt ausdrücklich, daß eine Blokade in Wollath ist falls der betreffende Wollager eine neutrale Macht als einzige Verbindungstrasse dient. Man glaubt hier, Russland werde die Richtigkeit der russischen Argumentation anerkennen.

Roumania, 26. November. Hier wird berichtet, Italien habe auf die geplante Blokade der Dardanellen verzichtet. Tatsache ist man sehr bestreitig, obgleich man anderesfalls, besonders in Militärs Kreis, sehr gern die Einschätzung durch eine Kreisprobe gefestigt hätte, weil man überzeugt war, daß die Italiener die Blockade der Dardanellen nicht hätten durchsetzen können.

Chessa, 26. November. Der Verkehr in dem für ausländische Schiffe bestimmten Teil des Hafens liegt heute still; nur drei Dampfer. Dies wird auf die angebliche Absicht der italienischen Regierung zurückgeführt, den Krieg ins Schwarze Meer hinzuzuführen. Ein Offizier, der Oberleutnant Bartlett, wurde schwer verletzt; der andere Offizier sowie mehrere Soldaten erlitten leichte Verletzungen.

Rom, 26. November. Durch königliches Dekret wird der Gold auf feststehende Waren 10% erhöht, namentlich auf Teeblaße und Kaffee, erhöht und für alle übrigen aus der Türkei kommenden Waren die Anwendung des Generalzolls vorgeschrieben.

Taranto, 26. November. Der russische Major a. D. Treier, Geschäftsräte der Novoja Wremja, sowie ein österreichischer Offizier wurden durch den italienischen Kommandanten ausgewiesen.

Kreta.

Nikosia, 26. November. Den mit Spannung erwarteten Nachrichten über den Verlauf des heutigen Wettkampfs im ganz Kreta laufen momentan spärlich ein und sind widersprechend, so daß man noch kein klares Bild von den Vorgängen erhält. Sicher scheint es, daß in allen Teilen der Insel Versammlungen bewaffneter Stützpunkte haben. In der Gegend Salas, eine halbe Stunde von Nikosia, wurde das Hauptmeeting veranstaltet, um dem nach einem Gericht 7000 Kreter, nach einem anderen nur etwa 500 teilzunehmen. Die Idee der Zusammenberufung eines Unabhängigkeitsparlaments wurde angenommen, und die Volksvertreter dafür sind bereits gewählt.

Letzte Telegramme.

zu Tschargas Lebe.

Tschojeng, 27. November. Tschargas soll einen Brief hinterlassen haben, in dem er erklärt, er nehme sich mit seiner Frau das Leben, weil er den körperlichen und geistigen Verfall nähre leide.

Das italienische Budget.

Rom, 27. November. Schriftsteller Tebesco hat in der Kammer das endgültige Budget für 1911/12, das berichtigte Budget für 1911/12 und das vorläufige Budget für 1912/13 vorgelegt. Das Rechnungsjahr 1910/11 schließt mit einem Überschuss von 35 700 000 lire ab. Diese Summe ist mit dem am 30. Juni 1910 vorhandenen Überschuss von 21 500 000 lire durch königliche Decrete, die dem Parlament mitgeteilt worden sind, für die Kriegsosten bestimmt, die bis 30. November auf 65 Millionen lire veranschlagt sind. Das berichtigte Budget für 1911/12 gibt die Ausgaben, die die ersten Schätzungen überstiegen, auf 49 000 000 lire an, wobei 24 Millionen für den Volksschulunterricht, 21 Millionen für Kriegs- und Handelsmarine bestimmt sind. Die berichtigte Ausstellung besitzt die sehr vorsichtig geschätzten Einnahmen auf 45 Millionen höher als die erste Ausstellung. Für das Rechnungsjahr 1911/12 wird ein Überschuss von 59 Millionen verzeichnet. Das Budget für 1912/13 weist einen Überschuss von rund 14 Millionen lire auf und steht einen Kreis von 33 Millionen für den Volksschulunterricht vor, eine Erhöhung des Kriegsbudgets um 20 Millionen, und ein Nutzen an Ausgaben von 150 000 lire für öffentliche Arbeiten, ungeachtet 16 Millionen für die durch das Erdbeben von 1908 entstandenen Schäden, wobei die besonderen Einnahmen aus den Steuergutsbezügen bestimmt sind, und ungewöhnlich 91 Millionen lire unvorhersehbare Ausgaben, die im Budget der öffentlichen Arbeiten konsolidiert sind.

Die Unruhen in Lissabon.

Lissabon, 27. November. Zu den Unruhen wird gemeldet: Artillerie und revolutionäre Söldner zerstören die Menge, wobei mehrere Schiffe gesunken sind. Die Monisten drangen in das Hospital São José ein, um die Werte zu hindern, die Verwundeten zu pflegen. Das Hospital konnte nur mit Gewalt geräumt werden. Mehrere Truppen bewachten das Palais der Republik und die Purzess einiger Zeitungen auf dem Platz Dom Pedro. Auf diesem Platz explodierte eine Bombe und verwundete mehrere Personen. Die Unruhen dauern an.

Die päpstliche Arbeit.

Vorla, 27. November. Auf dem Katholikenkongress in Vila hielt ein Erzbischof einerede, in der er mit energischen Worten die Freiheit des Unterrichts und die religiöse Freiheit für Beamte und Soldaten forderte. Das Erzbischof unterstützt die italienischen Arbeiter, die Wahrheit zurückzutreiben, die man uns gestohlen hat.

Der italienisch-türkische Krieg.

Konstantinopel, 27. November. Bei Homs fand ein mehrstündigiges Gefecht statt, bei dem die Italiener 17 Tote und 8 Wachtmänner verloren haben. Dem Kriegsministerium teilt Bericht bei in einem Telegramm aus Tripolis vom 22. November mit, daß die Italiener das Militärhospital von Antakya zum zweiten Male beschossen haben.

Rom, 27. November. Die Italiener haben das bei Tripolis gelegene Fort Mehri nach heftigem Widerstand besetzt. Bei Derna fanden ebenfalls heftige Gefechte statt.

Konstantinopel, 27. November. Einer an zuständiger Stelle eingetroffener Meldung zufolge erlitten die Türken bei Tripolis eine Niederlage. Sie wurden zum Rückzug gezwungen, wobei zahlreiche Munition und Geschütze auf dem Schlachtfeld zurückblieben.

Die Revolution in China.

Petersburg, 27. November. In biegsamen diplomatischen Kreisen verleutet, daß die chinesische Regierung in nächster Zeit die Mächte um Hilfe anrufen werde, wofür sie vorzeitige Privilegien in Aussicht stellt. Zurzeit bemüht sich die chinesische Regierung, die Stimmlung der Mächte nach dieser Richtung hin zu erkennen.

Zum Berliner Postraub.

Berlin, 27. November. Die Postverwaltung wird für die Erforschung der beiden Poststühle und die Herbeiführung des geflohenen Geldes die Summe von 4000 M. an die an der Ausführung des Postraubs beteiligten Personen verteilen lassen. Der Schatz, den die Post sowie die Abenden und Empfänger der Verdächtigen durch den Streich erledigt, dürfte nicht besonders erheblich sein, obgleich der Kleinsten Gabels noch bisheriger Erfahrung für mehrere Hunderttausend Mark Werte verdeckt hat. Aus den im Osten aufgefundenen Resten wird man noch belauschen Verfahren die Spuren wieder so rekonstruieren können, daß sie erkenntlich und durch neu erzeugt werden können. Die vernichteten zahlreichen Wechsle müssen, nachdem ihre Vernichtung amtlich festgestellt worden ist, amtlich publiziert und nochmals ausgestellt werden.

Oeffentliche politische Versammlungen.

6. Reichstagswahlkreis. Frauen- und Volks-Versammlungen

Montag den 27. November
abends 9 Uhr im Gasthof in Leutewitz

Dienstag den 28. November
abends 9 Uhr im Westendschlösschen in Plauen

Mittwoch den 29. November
abends 8½ Uhr im Amtshof in Rabenau

Donnerstag den 30. November
abends 9 Uhr im Gasthof in Wölfsnitz

Tageordnung in allen Versammlungen:

Die Frauen und die Reichstags-Wahlen.

Referentin: Frau Linchen Baumann, Hamburg. — Freie Aussprache.

Frauen und Männer! Am 12. Januar soll Abrechnung gehalten werden mit den Volksbedürfnissen. Die Männer können es tun mit dem Stimmzettel. Die Frauen, die keine Arbeitersfrau, keine Arbeiterin darf schließen!

Einberuferin: Hedwig Kutsch, Dresden, Krone in der Straße 46

Dresden- 2.-4. Dezember:
Neustadt Allgemeine Geflügel- und
Markthalle. Kaninchen-Ausstellung.

Naturheilverein im Plauenschen Grunde
E. V.

Mittwoch den 29. November, abends 8½ Uhr
im Deutschen Haus zu Bötzappel

Experimental-Vortrag
von Herrn Manuel, Bötzappel, über:
Die Röntgenstrahlen und ihre Wirkungen.
für Gäste 25 Pf. Eintritt.

Varieté Musenhalle.

Heute neues Programm!

Krauses Baderei in zwei Akten. Humoreske.
Devise: Lachen macht gesund!
Und der vorzügliche Solistenteil! 
Ab 1. Dezember: Neue Truppe
J. Deusch'l, Schauspieler und Sänger aus München.

Zum Trompeter, Ammonstr. 64.

Morgen: **Schweinedörfchen.**
Früh 7,8 Uhr: **Wollfleisch** — **Leber-** und **Grubewürste.**
f. Bockbier. Gustav Risch und Frau.

Sohlenleder, Ausschnitt

Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarfsartikel
Leisten, grösste Auswahl, neueste Formen. Gummi. Abfälle,
Gummifett und Lederfett.

Rudolf Kobitzsch, Gr. Zwingergasse 17
gegenüber Volksgarten



Kerren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge
sind von am üblichen bei
E. Köhler, am See 13.

Kleians
schw. Johannisbergerstr.

Konzert

der vereinigten Chöre: „Eschenbach“, „Keramik“ u. „Verviagte Turner und Sänger Uebigau-Mickten“ den 6. Dezember im Saale von „Stadt Leipzig“. Einlass 7,8, Anfang 8,9 Uhr.

Eintrittskarten sind ausverkauft!!

Abendkasse findet nicht statt. :: ::

Die Kommission.

Der

Kaiser

's Brust-Caramellen

mit den 3 Tannen

hustet

Jedem helfen, der

oder an Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung, Krampf- und Keuchhusten leidet. Zu haben in Apotheken, Drogerien und bes. Kolonialw.-Handl., in Paketen zu 25 Pf. und Dosen zu 80 Pf. — Achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke 3 Tannen und verweigern Sie alles andere.

Grüne Heringe

5 Pfund 80 Pf.

Bratschollen, Pf. 35 Pf. Flachfilet, bratfertig, Pf. 60 Pf.

Feinsten Helgol. Seehaffisch . . . Pf. 82 Pf.

Prima Kabeljau und Seelachs, im Aufschiff . . . Pf. 30 Pf.

Nordsee, Webergasse 80.
Telephon 2471.

Puppenperücken

sowie alle Haararbeiten werden auch von dazu gegebenen Haaren gut und billig angefertigt. **Ewald Gnauck, Friseur, Bötzappel, Goldhauerstraße 17, Ecke Albertstraße.**

B. Schmid, Schönau	10-Uhr-Korb. N. 2,25 pf.
Johanniskorbdecke	10-Uhr-Korb. N. 1,50 pf.
Heidkorbdecke	10-Uhr-Korb. N. 0,80 pf.
Heidkorbdecke, v. Apfelw.	10-Uhr-Korb. N. 1,40 pf.
Stachelpferdekorb	10-Uhr-Korb. N. 0,70 pf.
Brötchenkorb	10-Uhr-Korb. N. 0,30 pf.
Wurstkorbdecke	10-Uhr-Korb. N. 0,20 pf.
Wurstkorbdecke N.	10-Uhr-Korb. N. 0,15 pf.
Brötchenkorb N.	10-Uhr-Korb. N. 0,10 pf.
Teigkorb	10-Uhr-Korb. N. 0,05 pf.
1. Oberkaraffe, Porzellan	10-Uhr-Korb. N. 0,30 pf.
Mutter, franz. Porzellan	10-Uhr-Korb. N. 0,00 pf.
100er Teller, weiß	10-Uhr-Korb. N. 0,20 pf.

Verkauf per Postkasse. Briefporto gratis!

Großhandel, Bahnhofstheken eröffnet.

Proben auf Wunsch gratis.

Net. Preis wird gegen das Weights eingetragen.

Wein-Kellereien

Hermann Benad,

Radeberg, Sa. 7.

Kokos-Flocken

Selbmanns Filialen

Ein gutes Rezept gegen die Teuerung

ist die Verwendung wirklich feinster Margarine als Ersatz für die teure Naturbutter. Anerkannt vorzüglich ist die überall beliebte Qualitäts-Margarine

Siegerin

Für Tafel und Küche das Allerfeinste in jeder Verwendungsart!

Allerlei Fabrikanten: A. L. Mehr, G. m. b. H. Altona-Bahrenfeld.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Omwolke, Dresden-H. — Verantwortlich für den Unterhaltenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Rauchig. — Druck von Saben u. Comp. Dresden

mit 2 Röhren von 1,25 fl. u. 250 ml. in
Spülflaschen, Seidenbinden, Herren-
Hosenpullover, Vorhangsbänder, u. Kleider-
Frauen-Artikel
Festkleid, Abendkleid, Fest-
Gardine, u. dergleichen
Frau Heusinger
Am See 37. Erster Laden von
Dippoldiswalder Platz.
Gebaut auf Namen und
Postnummer anrichten.

Hemden-Barchent
sowie gutgearbeitete
Barchent-Wäsche
für Erwachsene und Kinder
in grosser Auswahl
Schild: M. 1111
28 Ernst Venus
Annenstr. 28.
Gegründet 1882.

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

92r. 274.

Dresden, Montag den 27. November 1911.

22. Jahrgang

Arbeiter! Vergesst die ausgesperrten Tabakarbeiter nicht!

Sächsische Angelegenheiten.

Wamten- und Arbeitserwünsche vor dem Laubdienst

Der Verband unserer Justizbeamten in Sachsen pflegte um Verbesserung der Lage seiner Mitglieder, die Gefangenenaufseher bei den Justizbehörden um Verbesserung in Bezahlung von Gehaltungsgehalt und Dienstbekleidung, die Mechaniker und Maschinisten der Technischen Hochschule in Dresden um Verbesserung ihrer dienstlichen Stellung und ihrer Besoldungsbefähigtheit durch Abänderung der Besoldungsordnung, der Landesverein seminaristisch und technisch gebildeter Lehrer an den höheren Schulen um Einordnung der Hochlehrer an den künstlerischen und soziallich unterstützten Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen und höheren Mädchenbildungseinrichtungen in die 38. Besoldungsgruppe und um Gewährung des Wohnungsgeldes der Rentenkolle 3, und der Landesverein handwerksmäßig vorgebildeter Staatsbeamten um Verbesserung der Verhältnisse der aus den Handwerkerstanden herborgegangenen Staatsbeamten. Ebenso sind fast alle Ranggruppen der Eisenbahner vertreten. Es liegen Petitionen vor der Telegraphen aufseher, Postbeamter und Schleifmeister um Verbesserung ihrer Besoldungsbefähigtheit und dienstlichen Stellung, der Weichenwärter um ihre Versetzung in die 12. Besoldungsgruppe, der Bahnhofswärter und Wagenführer um Aufnahme in die 6. Besoldungsgruppe bezw. Erhaltung dieser Besoldungsmöglichkeiten, der Bahnhofschauspieler um Tendenzierung ihres Dienstlohnkommens, der Hilfschleifmeister um Schaffung einer neuen Beamtenklasse und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, der Eisenbahnbetriebsarbeiter um Verbesserung ihrer Lage und Regelung der Entstallungsverhältnisse und der Hilfsarbeiter in Dresden und Altenburg um Erhöhung ihrer Haushaltspausage um 50 auf 80 Pf. Weiter liegen Petitionen vor der Obersteuer- und Zollaufseher um Versetzung aus der 12. in die 14. Besoldungsgruppe, der freien Vereinigung der ersten Gefängnisbeamten um Erhöhung einer Vergütung für das im Gefängnisdienste verwendete wöchentliche Hilfspersonal, der ständigen Arbeiter der Straßenbauverwaltung und der Gerichtsdienster um Verbesserung ihrer Lage, der Vereinigung der Festbesoldeten für Golditz und Umgegend um Versetzung aus der dritten in die zweite Ortsklasse des Wohnungsgeldschusses, der Landesverein der Diener sämtlicher Staatsbehörden um Verbesserung ihrer Lage, der Landesvereinigung der Sozialbeamten (Gruppen der Oberschaffner und Zugschaffner) um schnelleres Aufstufen in die höheren Gehaltsklassen, der Reichspost- und Telegraphenbeamten um Abänderung des Einkommensteuergesetzes in Verbindung mit dem Erlass eines Landesgemeindesteuergesetzes, des Landesvereins mittlerer Staatsbeamten um bessere Gehaltungsgehalt und die Einführung von Gehaltungsbefähigtheit, der Landeskommisstion für Bauarbeiterdienst betreffend Vorschläge zur Reform des landesgesetzlichen Arbeitserledigungs bei Bauausführungen und der Diener der 7. Besoldungsgruppe um Erhöhung ihres Gehalts und Regelung des Wohnungsgeldes.

West Texas Banknote

Aus dem Landtage.
In der Zweiten Kammer beginnen am Dienstag die Plätsberatungen, die die ganze Woche ausfüllen werden. Jede Fraktion soll vier Redner stellen. In dieser Abmachung haben sich ausnahmsweise auch die Konservativen beteiligt, die es bisher in ihrem Verger über den Ausgang der Vizepräsidentenwahl abgelehnt haben, an der Wiederbildung eines Seniorenkongreßes teilzunehmen. Daher besteht bisher ein Seniorenkongreß in der Zweiten Kammer noch nicht. Dieser Mangel trägt wesentlich zur Verlängerung der Debatten bei. Die Hauptaufgabe des Seniorenkongreßes war es bisher, Vereinbarungen über die Anzahl der Redner bei einzelnen wichtigen Beratungsgegenständen zu treffen. Dadurch wurde eine zweckmäßige Beschränkung der Debatten erreicht. Es ist allein die Schuld der Konservativen, wenn so praktische Maßnahmen in dieser Logung unmöglich werden. Sie, die selbst immer über die langen und zahlreichen Reden geklagt haben, wenn sie von Rednern anderer Fraktionen gehalten wurden, haben nicht nur den Weg zu zweckmäßigen Vereinbarungen versperrt, sie tragen auch durch unheimlichen Redeeifer jetzt stark dazu bei, die Debatten zu verlängern. So sprachen bei der letzten Tenerungsdebatte noch einmal soviel konservative Redner, als von anderen Fraktionen gestellt wurden.

Schulde und Sindermann bestimmt worden.

Geverschen eines Herrenhäuslers.
Ein knietessanter Steuerprozeß mit prinzipiellem Hintergrunde beschäftigt augenblicklich das Oberverwaltungsgericht. Im März vorigen Jahres verkaufte der Rittergutsbesitzer Kammerherr Dr. Hesse-Weizien auf Witznauendorf bei Leipzig ein im Grundbuche mit 291 bezeichnetes Areal von über 2000 Quadratmetern für 28 382 M. an den Reichspostfiskus. Das betreffende Grundstück war durch Erbsal im Jahre 1891 in den Besitz des Kammerherrn übergegangen. Damals war bei Erhebung der Bevölkerungsabgaben der Wert des Quadratmetres mit 3.25 M. angenommen worden. Laut Verfügung vom 5. Januar 1911 forderte die zuständige Gemeinde Schönsfeld bei Leipzig auf Anlaß des Wertzuwachses 1851 M. Wertzuwachssteuer von dem Verkäufer und stützte sich dabei auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen über die Wertzuwachssteuer und das Dreisegattab. Der Gewerberat (3.25 M. pro Quadratmeter) wurde mit 7733.08 M. und der Verkaufspreis mit 28 382 M. angelegt, so daß ein Wertzuwachs von 20 648.92 M. besteht. Für diese Wertsteigerung forderte die Gemeinde die oben angegebenen Abgaben mit der Begründung, daß der Erwerb innerhalb mehr wie 10 Jahren, aber weniger wie 20 Jahren eingetreten ist. Der Steuerfahrt wurde mit 8 Prozent angelegt. Gegen diese Abgabenforderung legte der Rittergutsbesitzer mit der nachstehenden Begründung Widerspruch ein, daß der Wert des Grundstücks im Jahre 1891 (dem Jahre des Gewerbs) bereits 10 M. pro Quadratmeter, im ganzen 21 637 M. befragt habe. (Die Bevölkerungsabgaben hat er aber nur für 7733 M. bezahlt.) Die Abgaben könnten demnach nur auf eine Wertsteigerung von etwa über 7000 M. gefordert werden. Nachdem der Gemeinderat das Rechtsmittel verworfen hatte, wendete sich der Kammerherr mit einem Rekurs an den Bezirksausschuß zu Leipzig mit derselben Einwendung. Auch der Bezirksausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß der Mehrwert nach Abzugabe der im Gewerbsjahr 1891 gezahlten Bevölkerungsabgabe fortgesetzt werden müsse. Nun steht gings die Sache ans Oberverwaltungsgericht. Der in der öffentlichen Verhandlung nicht erschienene Kammerherr erklärte in seiner

hebung der damaligen Besitzwechselabgaben einen zu niedrigen Wert (um circa 13 000 M.) angenommen habe. Die Gemeinde widersprach diesem Glauende und erklärte, daß man der damaligen Tage den Wert der landwirtschaftlichen Be- wirtschaftung untergelegt habe. Als man den Käfiger vor längerer Zeit mit 4,50 M. pro Quadratmeter zur Grundsteuer habe herangezogen wollen, habe er sofort demontiert, worauf man wieder auf die alte Fuge von 3,25 M. heruntergegangen sei. Das Urteil in dieser interessanten Sache ist erst in einiger Zeit zu erwarten, dürfte aber kaum zweifelhaft sein. — Merkwürdig ist die Tatsache, daß der Kammerherr bei der im Jahre 1891 von ihm jetzt festlich geltend gemachten zu geringen Einschätzung keinen Widerspruch erhoben hat.

Der Modernisierungswettbewerb

Die Nationalliberalen haben in der zweiten Kammer folgende Interpellation eingebracht: Was geschieht die Königliche Staatsregierung zu tun, um das ländliche Schulwesen vor den Wirkungen des Modernisteneides zu schützen, und welche Stellung nehmen sie dem jüngsten päpstlichen

• Mit dem Schwerpunkt auf der Erhaltung und Förderung des Kulturerbes

Schwierigkeiten in der sächsischen Wirtschaftsindustrie.
Seit Infrastrittreten des amerikanischen Goldstaats hat sich die Lage der Wirtschaftsindustrie in vielen Orten des Erzgebirges, namentlich in den Orten Thalheim, Gornsdorf, Burschendorf, Dörschnitz und anderen Orten von Monat zu Monat verschlechtert, so daß an ein Wiederaufleben nicht zu denken ist. Früher gingen allwöchentlich Tausende Dutzend Strümpfe nach den Vereinigten Staaten und die Arbeiter hatten fortgelegt flott zu arbeiten. Gegenwärtig ist dies aber anders. Sind auch einige neue Absatzgebiete gefunden, so erscheinen diese nicht im geringsten Amerika. Seinerzeit wurden viele Weißmaidinnen aus Chemnitz nach Amerika gebracht und Arbeiter aus dem hiesigen Industriegebiet wurden unter verlockenden Versprechungen nach Amerika angeworben, von wo aus sie jedoch nach einiger Zeit enttäuscht in die Heimat zurückkehrten, da sie den versprochenen Lohn nicht erhielten und nur durch Eingreifen der amerikanischen Behörden ihre Forderungen erhalten konnten. Die Arbeiter sind zum größten Teil zurückgeführt, doch wurde ihnen auch hier eine Enttäuschung zuteil, da mittlerweile durch den schlechten Geschäftsgang die Löhne rapid gesunken waren, so daß sich schon viele Witter anderer Berufen zuwenden mußten. Verderblich auf die Löhne bei Wittern wirkt auch hier noch die stark ausgebreitete Haushaltssindustrie, wo viele Frauen und Mädchen an Maidinnen beschäftigt sind zu sehr niedrigen Löhnen. Diese werden etwas ausgleichen durch eine endlose Arbeitszeit, die in der Heimat industrie sich 14 bis 15 Stunden möhrt.

Sie beschließen nunmehr:

Die Verkehrseinnahmen der Sächsischen Staatsbahnen
haben nach den vorläufigen Ermittlungen im Oktober 1911 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres wiederum eine Steigerung erfahren. Während sie im Oktober 1910 noch den endgültigen Einstellungen 15 026 405 M. betragen, befielen sie sich im Oktober 1911 nach den vorläufigen Ermittlungen auf 18 197 200 M.; es ist also eine Zunahme von 1 170 795 M. eingetreten. Von den im Oktober dieses Jahres erzielten Einnahmen entfallen auf den Personenverkehr 5 623 200 M. (718 008 M. = 14,06 Prozent mehr als im Oktober 1910) und auf den Güterverkehr 10 374 000 M. (452 787 M. = 4,01 Prozent mehr als im Oktober 1910). Der starke Personalerfolg beruht auf das auch im Oktober anhaltende günstige Herbstwetter und auf die bis jetzt wirkende Angleichungsstrafe der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden gütlichzuführen. Was den Güterverkehr betrifft, so haben die Einnahmen nicht in denselben Maße zugenommen, wie es im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1911 geschehen ist. Denn in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1911 ist im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraume des Vorjahres im Güterverkehr eine Gesamtzunahme der Einnahmen von 7,42 Prozent zu verzeichnen, während die Zunahme im Oktober 1911 gegen den Oktober 1910, sole erwähnt, nur 4,56 Prozent betrug. Eine genaue Urechnung wird ergeben, ob diese geringe prozentuale Steigerung mit den weitgehenden Frachtkostmehrungen zusammenhängt, die zur Bekämpfung der Folgen der andauernden Erdenhebe des letzten Sommers bewilligt worden sind.

Leipzig. Die Unterschlagungen des ehemaligen hiesigen Schul-
geldbeschauherrn Lüpfert beschäftigten das Leipziger Ge-
richtsgericht. Lüpfert war nach Unterschlagung von über
30 000 M. am 29. Juni nach Wien geflüchtet, wurde dort aber nach
einigen Tagen verhaftet und nach Leipzig zurückgebracht. Der Un-
gefahrene, der seit einem dieses Jahres bei der Heilsteile Neuburg als
Schulgeldbeauftragter beschäftigt war, hatte im Laufe des Monats Jun-
jahr insgesamt 1137 M., die er in den verschiedenen Schulen und
in der Schulgeldbehörde Neuburg eingezahlten hatte, unterschlagen.
Weiter hat er am 28. Juni einen Beitrag von 262 M. aus der ihm
anvertrauten Kasse genommen und dann noch am selben Tage
29 000 M. die ihm zur Auszahlung von Böhnen und Lehrer Gehältern
ausgehändigt worden waren, veruntreut. Endlich wurde der Un-
gefahrene noch beschuldigt, in den von ihm geführten Strassen und
Lagebüchern unrichtige Eintragungen gemacht zu haben, um dadurch
seine Unterschlagungen zu verdecken. Der Angeklagte bekannte sich in
allgemeinen schuldig. Er erklärte, daß er sehr viel gewettet und bei
Pferderennen größere Summen verloren habe. Da er von seinem
Gehalt, das zugleich 1600 M. betrugen habe, diese Summen nicht habe
abstreiten können, sei er in Schulden geraten. Wenige Tage vor seinem
Weggange nach Wien habe er besonders hoch gewettet und größere
Summen verloren. Nun habe er seinen Aufweg nicht gewußt, als
mit den ihm zur Auszahlung übergebenen 29 000 M. zu fliehen. Mit
dem von ihm am 3. Juli in Wien verhaftet habe, habe er noch über
21 000 M. von dem unterschlagenen Gelde gehabt. Nach der Auszählung
des Reisefonds Böge sind von den veruntreuten Gelbern im ganzen
22 778 M. der Stobitsche wieder zugeschüttet worden. Die Geschworenen
billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu, worauf das Gericht
ihn unter Auseinandersetzung von 3 Monaten der Untersuchungshaft zu
3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Elterngerechtsamkeit verurteilte.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Arbeiter Hermann Hugo Müller in Meichen erdrosselte am Sonnabendabend sein dreijähriges Töchterchen. Er lebte mit seiner Frau in Unfrieden und fürchtete, daß ihm bei der bevorstehenden Trennung von ihr das Kind genommen werde. Nach der Tat flüchtete der Mann über in zwei ausklappbaren Briefen die Absicht kundgab, sich selbst das Leben zu nehmen. — In dem Golditz nahe Görlitz wurde der 49 Jahr alte Bierbrauer Moritz Nähne von dem von ihm gefassten Wetzwagen überfahren und getötet. —

In den Dörfern Rauschwitz, Niedisch und Göbelau in der Emts-
hanzipmannschaft kommen jetzt die Diphtherieüberkrankungen
immer mehr um sich. Da neuerdings auch wieder eine große Anzahl
Erfahrungen unter den Schulkindern vorgekommen ist, wurde die
Schule zu Rauschwitz bis auf weiteres geschlossen. — Der 60 Jahre
alte Appreturmeister Wilhelm Krizsch in Glauchau wurde heute
früh von einem Radfahrer überfahren und so schwer ver-
letzt, daß er auf dem Transport in seine Wohnung verstarb.

Stadt-Chronik

Wiederauflage: Weikhard

Wiederverbands-Wiechoden.
Von allen bürgerlichen Blättern Dresdens heißt und versteckt der Dresdner Anzeiger am tößten gegen die Sozialdemokratie. Vor einigen Tagen, am 19. November, brachte er folgende Notiz:

In Gera ist die Wahrheit im Gemeinderat an die Sozialdemokratie übergegangen. In allen Städten mit bürgerlicher Stadtverordnetenmeisterei stellen die Sozialdemokraten Anträge über Anträge zur Milderung der Teuerung. Dabei ist es ihnen ganz gleich, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen durchführbar sind oder nicht. Sie rüsten nur den Arbeitern zwischen, wie sehr die Sozialdemokraten um das Wohl des Arbeitervolkes besorgt sind. In Gera aber, wo die Sozialdemokratie die Wahrheit hat, hat sie keinen Teuerungsantrag eingebrochen. Hier muhten ihre Vertreter geschnitten werden. Am trallesten aber wird die Tatsache, daß es der Sozialdemokratie mit ihrer angeblichen Arbeitersyndikatlichkeit nicht ernst ist, sondern daß sie nur das Parteilinteresse im Auge hat, man der Arbeiter selbst dabei auch in Not und Elend stehend, bewiesen durch folgende Tatsache: Von Angehörigen der bürgerlichen Parteien Geras ist ein gemeinnütziger Bauverein gegründet worden, um dem Wohnungselend und der Säuglingssterblichkeit zu steuern. Die freien Gewerkschaften, die wohl Geld für die russischen Revolutionäre haben, wiesen, als man an sie herantrat, jede Teilnahme "gross zurück". Geradezu klassisch aber ist die Begründung dieses Verhaltens in dem sozialdemokratischen Organ:

Stetigen die Wohnungsmieten; so steigen die Ansprüche der Arbeiter, ihre Unzufriedenheit wächst, ob sie wollen oder nicht. Sie werden in den Kampf zur Erringung besserer Löhne getrieben, und dank ihrer Organisation knüpft sich immer häufiger der Sieg an ihre Füßen. Eine Verbilligung der Wohnungsmieten schützt also den Kapitalisten vor den für ihn sehr verlustbringenden Lohnkämpfen.

Wir zogen Erkundigungen in Gera ein; daß uns dort überlieferter Material beweist, daß es sich hier wieder um einen dreisten Schwindel und böswillige Entstellung handelt. In derselben Sitzung der Geraer Stadtverordneten, in der ein fortschrittlicher Leuerungsantrag vorlag, wurde zugleich auch über einen sozialdemokratischen verhandelt und zwar ging unser Antrag, der energisch begründet und vertreten wurde, viel weiter als der fortschrittliche, der feinerlei Wöhrgeln von der Stadtverwaltung forderte. Beide Anträge wurden einer Kommission überwiesen, in der unsere Genossen die Mehrheit hatten. Infolgedessen sah die Kommission ihre Beschlüsse im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen. Angefachts dieser Tatsachen zu behaupten, unsere Genossen in Gera hätten keinen Leuerungsantrag eingebracht, ist doch ein starres Stück Schwindelei! — Nächlich verhält es sich mit dem Titat über die Wohnungsfrage. Der fragliche „gemeinnützige Bauverein“ ist in der Haupthache eine Gründung von industriellen Unternehmern, die den Arbeitern keineswegs günstig ist. Unser Geraer Parteiblatt hat das in einigen Artikeln ausführlich nachgewiesen, und die Arbeiter über den „gemeinnützigen“ Charakter des Bauvereins aufgeklärt. Aus einem dieser Artikel, der zwei Spalten lang ist, wurde nun das Titat herausgerissen, und ihm ein ganz andrer Sinn unterstellt, als der ist, den es im Zusammenhang des Artikels wirklich hat. Das Titat soll nämlich die Ansicht der Hintermannen jenes „gemeinnützigen Bauvereins“ kennzeichnen, woraus nun im Handumdrehen die Meinung des sozialdemokratischen Blaues gemacht wird. Reichwindigkeit ist keine Heiterei und betrügerische Verdrehung und Verleumdung kein Kunststück. — Der Urheber dieser Wache ist der verantwortliche Redakteur des Geraer Tageblattes. In Gera selbst hat er diese Stinkbombe nicht losgelassen, da ist ihm die Sache wahrscheinlich selbst zu dumum gewesen. Er hat zunächst die Liberalen Korrespondenz mit dem Märchen begnügt, das dann in Reichsverbandsaufmachung noch märchenhafter geworden ist.

Kein hiesiges Blatt hat davon Notiz genommen, nur

Während dieser Zeit verhandelte Gr

Rebenbezüge pensionsfähig ?
Der Gemeindevorstand a. D. Starke war von 1882 bis 1886 Gemeindeältester und von da an bis zum 1. März 1907 Gemeindevorstand in Rieberg b. g. Er bezog 1750 M. Gehalt als Gemeindevorstand, 108 M. Entschädigung als Vorsitzender der Gemeindekrankenversicherung und 664 M. in seiner Eigenschaft als Standesbeamter, so daß sich sein gesamtes Dienstekommen auf 2522 M. stellte. Davon gingen jedoch 520 M. ab, die er für eine Hilskraft bei Erledigung der Standesamtsgeschäfte ausgeben mußte. Als er in den Ruhestand trat, zog er von seinem pensionsfähigen Dienstekommen diese 520 M. ab, so daß nur 2002 M. blieben, und berechnete danach seine Pension auf 1001 M. (50 Prozent des zuletzt bezogenen Dienstekommens), die ihm auch gewährt wurde. Hintereher hat nun St. Erhöhung seiner Pension beansprucht, indem er geltend macht, er habe sich seinerzeit bei Berechnung der Pension geirrt. Die 520 M. Entlohnung für den Expedienten des Standesbeamten müßten dem pensionsfähigen Dienstekommen hinzugerechnet werden, denn es sei ganz in sein Belieben gestellt gewesen, ob er sich eine Hilskraft halten

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Aus der Zigarettenindustrie Dresden.

Nicht nette Zustände in puncto Behandlung der Arbeiterinnen fanden sich in einigen Betrieben der Zigarettenfabrik A. M. Goldschmitz & Co. Söhne herausfinden zu sollen. Schon öfters hatten die Arbeiterinnen dieser Firma Gelegenheit, bei der Betriebsleitung Beschwerde wegen unpassender, schroffer oder ungerechter Behandlung an einzelnen Vorgesetzten oder Direktoren zu erheben und deren Auflösung zu fordern. In neuerer Zeit sind nun wiederum Klagen laut geworden, die geradezu die öffentliche Kritik herausfordern müssen.

Esst häufig wurde das Auftreten der Direktion in der Altenberger Straße dieser Firma in der Volkszeitung kritisiert, da sie sich berechtigt glaubt, den Arbeiterinnen den Genuss von Wurstwaren zu verbieten und Revisionen der Frühstücksstunden vornehmen zu können.

In der Geisheimischen Filiale Dornblüthstraße hierzu steht die amtierende Direktorin Hel. Goldschmitz in neuerer Zeit vielfach in Konflikt auf Revision der Portemonnaies der Arbeiterinnen für sich in Anspruch nehmen zu dürfen. Während sie in den meisten Fällen sich damit begnügte, die Arbeiterinnen zur Verteilung des Portemonnaies aufzufordern und alle höheren Beschaffungen sich vorzeigen zu lassen, ist es auch vorgekommen, daß sie die höheren eingesetzten am Platze in Gegenwart der Arbeiterin prüfte, wenn diese ihr Portemonnaie gerade auf ihrem Platz liegen hatte. Diese Kontrolle soll dazu dienen, jogenannte Staubblätter zur etwaigen Ausweitung des Tabaks ausfindig zu machen und sie den Arbeiterinnen abzunehmen. Gegen eine solche Beugung der Direktion auch mit einem Nachdruck Verwahrung eingesetzt werden. Wie Hel. Goldschmitz ja jetzt gegen bestellt, handelt sie bei allen ihren Anordnungen genau nach ihren Vorrichtungen.

Es dürfte daher wohl angebracht sein, daß die Betriebsleitung so zu diesen Maßnahmen ihrer Direktion auftritt. Auch die sonstige Art der Revision und Durchsuchung der Arbeiterinnen, wie sie von der Direktion bestellt wird, um Wasserflaschen oder Sprays ausfindig zu machen, hat mit Recht den allgemeinen Unwillen aller Arbeiterinnen erregt. Die Ursachen, welche die Arbeiterinnen anstrengen, es und zu einer Nachsuchung des Tabaks vorzunehmen, wollen wir an dieser Stelle nicht eingehend erörtern. Fest steht, daß trotz aller vorgebrachten Schauptungen der Betriebsleitung der Tabak oftmals viel zu trocken geliefert wird, als daß es den Arbeiterinnen möglich sein könnte, einwandfrei Zigaretten daraus herstellen zu können.

Aber auch die sonstige Behandlung der Arbeiterinnen durch die Direktion gibt zu Beanstandungen Anlaß. Als eine Kollegin törlig in einem Trinkglas einige Tropfen zusammengepresste Wasser hatte und sie der Direktorin sagte, daß Wäschlichkeit geliefert werden müssten, wenn vermieden werden soll, daß sich im Trinkglas nach dem Gebrauch noch einige Wassertropfen anansammeln könnten, da fand sich Hel. Goldschmitz auf empfindliche getroffen. Sie mußte der betreffenden Arbeiterin sogar zu, im Arbeitsaal laufen zu sagen, sie hätte die Autorität der Direktion verletzt und leise hiermit "Schittel". Über hinaus ging das Unfassen wohl nicht mehr und die Kollegin zog es daher vor, auf eine solche erniedrigende Burmtung die einzige Antwort zu geben, indem sie diesen Betrieb verließ.

Einer anderen Kollegin diktirte Hel. Goldschmitz 50 Pf. Strafe, weil sie auf ihrem Platz schlechtes, leinesches Wasser sieben hatte, freudig sie felsig auspol, doch solches Wasser absolut nicht zur Ausführung des Tabaks irgendwie hätte Verwendung finden sollen oder können.

Warum also 50 Pf. Strafe Verdienen denn die Arbeiterinnen wirklich ihr Geld so leicht, daß man ihnen schon Strafabzüge machen kann, wenn sie einmal zum Zwecke der besseren Reinigung Wasser in ein Glas füllt?

Leider würde es auch nichts schaden, wenn Hel. Goldschmitz — die ja wohl immer Direktorin war — weniger oft den Vorgesetzten alzu scharf herausziehen würde. Es mutet etwas sonderbar an, wenn sie glaubt, eine Frau bei der Rückspalte in Arbeitsangelegenheiten berührlich auftreten zu sollen: "Stellen Sie sich doch mal ordentlich hin!" Oder wenn sie bei Kleinigkeiten, über die ein zender Mensch mit Stillschweigen hinweggeht, recht schnell mit Verschreifungen bei der Hand ist oder den Arbeiterinnen eine Zeile lang immerwährend die Entlastung anzudeuten beliebt. Arbeitsschichten sind doch keine Nachzupuppen, die tanzen oder sprechen, sondern der Regisseur ihren Mechanismus in Tätigkeit setzt.

Auch in der Hauptfabrik der Firma Geisheim, Dornblüthstraße, beschwerte sich die Arbeiterinnen über die Behandlung von Seiten des Saalmasters Herrn Schmidt. Er soll mit Streichen und Entlassungen sehr zahl zur Hand sein. Ein besondes Augenmerk scheint er auf die Bewegung des Mundes der Arbeiterinnen zu haben. Bei der leisenste Regung derselben glaubt er schreien zu müssen, die betreffende Arbeiterin esse irgend etwas, welches Vergehen mit Strafe oder schließlich gar mit Entlassung zu enden wäre. Es handelt sich bei solchen "Sauen" nicht um Stot oder Bergleiden, sondern darum, daß die Arbeiterin etwa ein süßes Malz im Munde hätte. Es erscheint vielleicht Herrn Schmidt und der Betriebsleitung zweifelhaft, daß die Arbeiterinnen immerwährend in den vor ihnen liegenden Tabak husten — denn in der jetzigen Jahreszeit sind doch Hustungen und Asthma eines Seltenseins —, als daß sie den durch Tabakdunst und -staub noch akutisierten Hustenreiz durch den Genuss von etwas Holzgusse zu lindern suchen. Da man in dieser Hinsicht auch in den anderen Fabriken — z. B. Dornblüthstraße — gleich verfährt, läßt dies den Schluss zu, daß es sich um eine allgemeine Anordnung der Firma handeln dürfte. Unter keinem Vorbehalt will eine solche Logik etwas sosonderlich erscheinen.

Hoffentlich ist die Betriebsleitung bestrebt, den Angestellten und Direktoren zur Rücksicht zu machen, alle Härten gegenüber der Arbeiterchaft zu vermeiden und die Ursachen der berechtigten Klagen zu beseitigen.

Bei der Firma Henndorf (Inhaber Hugo Bieh) mußte sich längst eine Betriebsverhandlung mit der Entlastung zweier Auszubildender befreien. Nachdem der Arbeiterausschuß auf ausdrücklichen Verlangen der Kolleginnen wegen des gut Verarbeitung gezeigten Tabaks bei dem Betriebsleiter vorstellig geworden war, wurde ein Mitglied des Ausschusses am anderen Tage plötzlich entlassen mit der Begründung, die betreffende Arbeiterin habe ihre Mitarbeiterinnen erst selbst zur Beschwerde veranlaßt.

Das trifft indes nicht zu, vielmehr herrscht bei den Arbeiterinnen die Meinung vor, daß der Geschäftsführer Herr Kellner deswegen eine Kollegin entlassen habe, um sich dafür zu revidieren, daß der Arbeiterausschuß bei dem Vorstelligenwerden nicht den genauen Anhangsatz imponieren konnte und ferner, weil infolge der Inbetriebnahme neuer Spülmaschinen sowie noch weitere Sonderarbeiter entlassen werden müßten, resp. frisch geworbene Arbeiterinnen nicht mehr eingesetzt werden können. Zwei Tage später wurde noch eine Kollegin, welche dem Arbeiterausschuß angehörte, aus recht unangemessenen Gründen entlassen. Leider muß gefolgt werden, daß unter den Kolleginnen im Betriebe Unzulänglichkeiten herrschten. Die Herren Kellner und Gold, welche der Verhandlung bewohnten, verteidigten die Entlassungen der beiden Kolleginnen aus anderen Gründen herzuleiten, was ja nach Loge der Sachen auch nicht anders zu verstehen war. Über es gelang den beiden Herren nicht, der Arbeiterchaft eine andere Meinung in bloßer Angelegenheit beizubringen, denn die Versammlung erklärte die Entlassungen einstimmig als gerechtfertigt.

Es durfte ganz gewiß im Interesse der Firmen liegen, wenn in Zukunft, was ja auch Herr Schlegel den Verbandsvertretern gegenüber vertrat, solche Vorlommisse vermieden werden, denn

der Konsum bestimmter Zigarettenmarken hängt zu einem erheblichen Teile von der klassenbewußten Arbeiterschaft ab.

Gauleitung des Deutschen Tabarbeiter-Verbandes.

Vorates.

Eine Rekordleistung im Streitball.

Herr Küttel aus Laufersdorf, der, wie wir gemeldet, des nachts Streitballen bei der Firma Baher leistet, ist bekanntlich bei der Firma Höntsch in Niederjeditz beschäftigt. Auch bei dieser Firma leistet der Herr Arbeitswilligkeitsdienst, denn dort sind die technischen Angestellten im Ausstand. Der Mann ist also Tag und Nacht arbeitswillig und führt zwei Kategorien von Arbeitseinsätzen in den Alldienst-Betrieb eine Rekordleistung!

Inland.

Zur Tabarbeiterausperrung.

Immer deutlicher tritt zutage, daß der Westfälische Zigarettenfabrikantenverband nicht allein auf das eine Ziel losstretet, die Tabarbeiterorganisation zu schwächen, um auf viele Jahre hinaus die bis jetzt betriebene uneingeschränkte Ausdehnung der Tabarbeiter umhindern weiter betreiben zu können, sondern sein Streben scheint auch darauf gerichtet zu sein, die Produktion an Zigaretten hoch zu unterbinden, um die Zigarettenraucher, Wiederveräufer und Konsumanten gefährlich überzuhauen zu können. Ein Teil der westfälischen Zigarettenfabrikanten, die mit Zigaretten beschäftigt waren, sind bereits vorzeitig ausgesperrt worden. Sie sind es auch, die konsequent und ohne gesetzliche oder materielle Hürde zu bringen.

Reuerndes berichten die westfälischen Zigarettenfabrikanten auch ihre nichtorganisierten Kollegen zu demogen, ebenfalls ausgesperrten.

Diese Bevölkerungen werden ohne Erfolg bleiben.

Die durch die Ausperrung hervorgerufene Unterbindung der Produktion beläuft sich jetzt schon auf 65 000 Mille Zigaretten in mittlerer und besserer Preislage. Etwa 5000 Doppelzigaretten Tabak blieben unverarbeitet. Der wirtschaftliche Schaden infolge der Ausperrung ist also ganz ungeheuer.

Die Geschlossenheit der Mitglieder der aussperrenden Unternehmerverbände gerät ins Wanken. Sie sehen sich jetzt schon gezwungen, eine Anzahl Fabrikanten von den Säugungen und Beschäftigten zu entbinden; geben sie also frei, um sich mit ihren Arbeitern zu beschäftigen. Andere Zigarettenfabrikanten laufen unablässig in ihren letzten Verbleben herum und feiern den Moment herbei, wo der Friede im Gewerbe Einzug halten kann.

Die Ausgesperrten verteidigen die Aufnahme der Arbeit in den freigegebenen Betrieben; sie vertreten den Standpunkt, daß eine zulässigende Einigung nur zustande kommen kann, wenn diese mit allen Firmen zugleich hergestellt wird. Die Haltung der Ausgesperrten ist mutig und lädt mit Sicherheit darauf schließen, daß in dem ihnen entgegengesetzten Kampf, gestützt auf die Arbeiterschaft Deutschlands, die zum Ende aussterben werden.

Schafsaacher Tagung.

Die Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände beruft die Verbandsversammlung auf den 9. Dezember 1911 nach dem Hotel Adlon in Berlin ein. Von besonderem Interesse ist eigentlich nur Punkt 6 der Tagesordnung: "Streitpunkten und Arbeitswilligkeitszettel". Berichtshalter darüber ist der Generalsekretär Steller-Röhl. Am 9. Dezember wird besondere hervorgehoben:

"An die Versammlung soll sich ein gemeinsames Gründsatz im Hotel anschließen, daß erfahrungsgemäß viel dazu beiträgt, die Mitglieder einander näher zu führen und Gemeinschaft darauf föhlen, daß in dem ihnen entgegengesetzten Kampf, gestützt auf die Arbeiterschaft Deutschlands, die zum Ende aussterben werden.

Verhandlungen zum Kampf in der Berliner Metallindustrie.

Die Ortsüberwaltung des Metallarbeiterverbands forderte die Metallarbeiter auf, in allen den Verbänden der Metallindustriellen an gehörenden Betrieben über Stunden ohne Rücksicht auf die Folgen im Bedingt zu streiken, langfristige Arbeitsverträge und die Beförderung zu Meistern oder Vorarbeitern jetzt abzulehnen.

Jur. Zeitung und Durchführung der Bewegung hat sich ein Zentralkomitee der an der Ausperrung beteiligten Verbündeten gesellt, den ausser dem Metallarbeiterverband die Verbände der Holzarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Schmiede, Wälder, Maschinen und Holz, Kupferschmiede und Handlungsbürokraten angehören.

Die Berliner Metallindustriellen haben in Ihren Befreiungen durch den Anschlag von Plakaten bekannt gegeben, daß am Freitag den 1. Dezember 60 Prozent der Arbeiter ausgeperrt würden.

Wohnbewegungen.

Zum Streit in der Berliner Damenkonfektion wird mitgeteilt, daß nach den Angaben der Unternehmensorganisation etwa 2000 Schneidermeister an der Bewegung beteiligt sind. Die Unternehmer lehnen jedes Antragen der Arbeiter, sich in Pariserhandlungen einzulassen, steil ab. Sie haben am Sonnabend an die Kommission der Streitenden ein Schreiben gelangen lassen, in dem sie sich bereit erklären, eine Aufstellung der Ohnmacht in handeln zu können vorzunehmen, wenn die Arbeiter die Garantie übernehmen, auch den Heimarbeitern diese Aufstellung zugute kommt. Den Abschluß einer Tafel aber halten sie für unmöglich. Wenn die Arbeiter mit anderen Vorschlägen kämen, so seien auch sie bereit, ihre Vorschläge der Kommission zu unterbreiten.

Neues aus aller Welt.

Temperaturflügung.

Berlin, 27. November. In der Nacht auf Sonntag sank die Temperatur auf 2 Grad unter Null. Wie aus Almenau anmeldet wird, ist durch einen starken Rauchstock die Telegrafen- und Telefonverbindung zum größten Teil unterbrochen. Auf einer einzigen Strecke lagen 40 Brüche am Boden. — In der Nordsee und an der Elbmündung herrschte seit Einbruch der Nacht zum Sonntag hoher Nordostwind, der die Schiffahrt sehr gefährdet.

Explosion in einer Vollbadeanstalt.

Köln, 28. November. Gestern nachmittag erfolgte in der Vollbadeanstalt in der Antoniterstraße eine schwere Explosion. Der Kelleraufzug der elektrischen Lichtzentrale explodierte ein Rohr der Raumheizung. Der Drehzylinder wurde sofort zerstört, der Maschinenschleifer gesprengt.

Es wurde ganz gewiß im Interesse der Firmen liegen, wenn

in Zukunft, was ja auch Herr Schlegel den Verbandsvertretern gegenüber vertrat, solche Vorlommisse vermieden werden, denn

Todessturz eines deutschen Offiziersliegers.

Sonntagnachmittag nach 12 Uhr verunglückte auf dem Truppenübungsplatz Döberitz der zu dem Offiziersliegerkurs kommandierte Leutnant Freiherr v. Kreysig-Vorzinghoven vom 2. Thüringischen Infanterieregiment Nr. 66 in Raumburg an der Saale. Der Offizierslieger war sofort tot. Lieber d. Unglück erlitten wir folgende Einzelheiten: Leutnant Freiherr v. Kreysig-Vorzinghoven stiftete im Alter von 24 Jahren. Er war in diesem Sommer schon einmal nach Döberitz kommandiert, wo er das Fliegen lernte. Sein kurzer Zeit nahm er wieder an einem Reputationskurs teil. Er stieg heute morgens um 11 Uhr zu einem Flug auf und erreichte größere Höhe. Nach über einstündig fahrt wollte er aus einer Höhe von etwa 200 Meter in Gleitflug landen. Er stellte den Motor ab, und der Gleitflug führte ihn ziemlich steil zur Erde. Zu etwa 50 Meter Höhe wurde der Apparat von einem heftlichen Windstoß getragen. Der Flieger verlor die Gewalt über die Maschine und stieß für sie aus 60 Meter Höhe zu Boden. Sofort hinzufliegende Offiziere riefen ihren Namen und unter dem geräumten Flugapparat. Er hatte das Genick gebrochen.

Gehändels der Posträuber.

Berlin, 26. November. Unerwartet schnell hat der verwegene Posträuber, der in der Nacht zum Sonnabend vor dem Postamt 41 aufgedeckt wurde, seine wilde Aufklärung gefunden. Der verhaftete Posträuber hat gestern abend im Birkdorfer Polizeipräsidium das Gefängnis abgelegt, daß er sich bereits vor mehreren Wochen mit dem Postamt Brühl zu dem Diebstahl verabredet habe und daß ihm beide zusammen programmäßig ausgeführt haben. Nach diesem Gefängnis gab auch Bendl, der zwischen vom Berliner Polizeipräsidium nach Altdorf geschickt worden war, unumwunden zu, daß er im Einverständnis mit Gabello den Posttag geöffnet habe, worauf dann Gabello den Posttag entwendete.

Gleisvergängung.

Hamburg, 26. November. In Altona ertranken gestern abend nach dem Gewebe von Höhe, angeblich Wollereinfüsse, die in der Woorde mündende Chauffeurstraße Schau und ihre drei Kinder unter schweren Vergängungserscheinungen.

Verhafteter Defendant.

Wiesbaden, 26. November. Der 31jährige Bankbeamte Hassenbach aus Viehrich, der vor zwei Jahren Wohlfahrtszuschüsse und Beträgen in Höhe von 100 000 M. verübt hatte und dann flüchtig geworden war, ist gestern bei einem Gefecht bei Verhandlungen durch die Polizei festgenommen worden. Er hatte inzwischen unheilig die ganze Zeit über in Blaue gekleidet.

Unfall im Theater.

Mühlhausen (Thüringen), 26. November. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Freitag im kleinen Stadttheater. Bei der ersten Aufführung des dreiläufigen Schauspiels Thomas Müntzer verlegte sich der Schauspieler in der Schutzhölzung der Zögner der Kleiole, Otto Götz, durch einen Dolch am Unterleib. Der Künstler sprach mit großer Anstrengung seine Verse zu Ende, brach dann aber nach fallen vor Vorhangs zusammen. Er ist für längere Zeit hilflos.

Zölliger Fall eines Offiziers.

Rom, 26. November. Der englische Leutnant Dougdale, der zu Rechtschafe in Tor di Quinto kommandiert war, verunglückte bei Rechtschafe. Sein Wurf zielte bei einer Rauverarbeitung, der Offizier geriet unter den Körper des Tieres und wurde erodaut.

Explosionskatastrophe in einem Bergwerk.

London, 26. November. Eine schwere Explosion ereignete sich gestern vormittag auf dem Jamage-Schachte der Buntblei-Hill Colliery, anderthalb Meilen von Audley in Staffordshire entfernt, wobei sechs Personen zu Tode kamen, sechs andere schwer verletzt wurden. Seit einiger Zeit lagerte wieder in einem Schachte einer der Nebenschächte des Bergwerks ein Brand. Die Direktion ordnete an, den Brand abzubauen. Seit gestern nacht waren die Feuer unter Leitung eines der Dienstleiter mit dem Bau von Abdämmsmauern beschäftigt. Der Dienstleiter selbst kam um 9 Uhr morgens wieder an die Oberfläche, da er glaubte, alle Vorhutsmauern ge troffen zu haben, ein Unglück zu verhindern. Um 11 Uhr ereignete sich aber dann doch eine schwere Explosion, wie man sagt, eine Kohlenstaubexplosion. Die aufgerissenen Mauern wurden völlig zerstört und die hinter ihnen arbeitenden Leute gefüllt respektive verbrannten.

Explosionsschädel.

Aden, 26. November. Der britische Dampfer Aquila III, wie gestern bekannt wird, am 19. November auf der Insel Socotra, 135 Meilen nordöstlich von Kap Guardafui, gestrandet. Der erste Offizier und der Ingenieur haben sich gerettet und sind in einem Boot von dem österreichischen Dampfer Triest aufgeschnitten worden, mit welchem sie nach Aden gebracht wurden. Die Schiffbrüchigen haben fünf Tage auf dem Wasser zugebracht. Das Schiff war von Dundee nach Singapore unterwegs. Das Schiff war ganz neu und erst im Oktober d. J. in Dienst gestellt worden. Die Besatzung besteht außer dem Kapitän aus 44 Mann. Der Kapitän und der größte Teil der Besatzung befinden sich noch an Bord des Schiffes. Der ganze vordere Teil des Schiffes ist mit Wasser gefüllt. Eingebohrte sind an Bord des Schiffes gebrochen und haben die gesamten Rettungsmittel gestohlen, woran die Besatzung sie nicht hindern konnte. Über das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt. Der Dampfer gehört der Streit Steamship Company.

Dresdner Polizeibericht vom 27. November.

Das Schulmädchen Martha Margarete Rade, neun Jahre alt, etwa 1,30 Meter, dem Alter entsprechend groß und kräftig, dunkelblonde Haare, dunkelbraune Augen, lähmte vollständig, runde Gesichtsbildung, gefundene, rote Nasen, kleiner Mund, breiter Unterkiefer, schwarze Stirnknorpel und Schnäuzchen, weißes Hemd und Unterkleid, schwarzer Schürze mit gelbem Besatz, dunkelbraunem Jackett und dunkelrot gefärbtem Kopfschädel, ist am 26. November, mittags, vermutlich aus Furcht vor Strafe, aus der Schule nicht wieder in die etliche Wohnung zurückgekehrt und seit dieser Zeit spurlos verschwunden. Sachdienliche Mitteilungen erbringt die Kriminalabteilung.

In einigen Städten ist in letzter Zeit ein unbekannter Reisender aufgetreten, der Klempner, Kupferschmiede und Maschinenbauer heißt und, wenn er den Geschäftsinhaber nicht antrifft, der Mann mitgeteilt hat, er bringt sie nun und bitte um den Beitrag. Es ist ihm überall gelungen, seine Lederbekleidungen loszumachen und das Geld zu erhalten. Da der Unbekannte die Verbre

Wahlversammlungen.

Borsigwitz.

Am Sonntag den 19. November fand im Gasthof Oder-Nachwitz eine gut besuchte Volksversammlung statt. Genosse Reichstagabgeordneter August Raben referierte über die bevorstehenden Reichstagswahlen. In klärender Rede handelte er die Tafel, welche die bürgerlichen Parteien bei der Wahl agitation einholten, wie sie ihren Wählern vor der Wahl versprechen, alles für sie einzusegen, um ihre Lage zu verbessern und ihre Rechte zu sichern, was aber, falls sie gewählt werden und in den Reichstag eingesetzt, mehr vergeben wird. Beide haben wie dasaßt von den letzten Wahlen im Jahre 1907 zur Kenntnis. Nachdem der Referent noch das Verhalten der Bürgerlichen bei der Durchberatung der Reichstagsordnung überhaupt als ganzes Treiben im Reichstag schilderte, schloß er seine Ausführungen mit einem Appell an die Versammelten, bei den kommenden Wahlen mit den Gegnern abzurechnen und nur der Partei ihre Stimmen zu geben, die ihre Rechte zu jeder Zeit vertreten und das ist einzige und allein die Sozialdemokratie. Keiner Weiß wurde ihm hierzu zuteil. Vor Gang in die Debatte forderte Genosse Unger als Vorsitzender die Versammelten, und speziell die Gegner, auf, von der unbeschreiblichen Redefreiheit Gebrauch zu machen. Nachdem sich niemand zum Wort gemeldet, erhielt Genosse Raben das Schlusswort.

Genosse Unger wies darauf noch an, dass noch an der Hand von Statistiken nach, wie durch die heutige Steuerpolitik gerade die allernotwendigsten Vollzähligungsmitteile verfehlert werden. Mit einem Appell an die Versammelten, sich unserer Partei anzuschließen und die Parteipresse zu lesen, um dem Kampf gegen die reaktionäre Elitie mit Macht führen zu können, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Weißig.

Sonntag den 19. November fand in Schönfeld im Gasthof zum Erbgreicht eine Volksversammlung statt. Genosse Landtagsabgeordneter Linke referierte vor circa 200 Personen über: Die Steuerung und die Reichstagswahlen. In klärender Rede führte er die Sünden der bürgerlichen Parteien vor Augen. Bei den Hottentottenwahlen ist es gelungen, das Volk zu betrügen. Bei den reaktionären Parteien geglaubt hat, ist schwer entlautzt worden. Die Finanzregierung hat gezeigt, dass die Kosten auf die breite Massen abgewälzt werden. Nationalliberale und Freisinn haben vor den Wahlen versprochen, die Kosten auf die leistungsfähigen Schultern zu legen, aber durch Bewilligung von 400 Millionen unbedrucktes Steuern das Gegenteil bewiesen. Unter der Sozialabschaltung leidet der kleine Landwirt ebenfalls. Die Polizei wird unter dem Vorwand betrieben, die heimische Industrie zu schützen, kommt aber in Wirklichkeit den Großgrundbesitzern zugute. Redner wies statistisch nach, wie hoch die verschiedenen Lebensmittel versteuert sind. Seit 1870 hat ein Betriebsteuer, das den Bürgern nur zum Schaden gereicht hat, für die Kolonien werden Millionen ausgegeben, die dem deutschen Volke keinen Nutzen bringen. Redner nahm die verschiedenen Parteien unter die Lupe. Die Konkurrenz sind gegen das allgemeine Wahlrecht, die Freiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht sowie die ausgesprochenen Gegner der Arbeitersklasse. Bei den Nationalliberalen ist es zum guten Teile ebenso; bei den Wahlen werden sie wieder alles versprechen, und nach den Wahlen gehen sie mit den Konkurrenz Partei in Hand. Die Freisinnigen haben in ihrem Programm das allgemeine Wahlrecht, aber in den Gemeindeparlamenten haben sie oft das Gegenteil bewiesen. Auch sind dieselben Feinde der Erbschaftsteuer. Die Sozialdemokratie leistet positive Arbeit, was auch die bürgerlichen Parteien immer mehr einführen. Am 12. Januar sei es möglich, für die Sozialdemokratie einzutreten. Durch lebhafte Wollfahrt befand die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Referenten. Genosse Becker streifte den Wahlkampf von 1907 und forderte die Genossen auf, bei den nächsten Wahlen ihren Mann zu stellen, die Organisation zu stärken und für die Volksleitung zu werben. Nach einem Schlusswort des Referenten schloß Genosse Wilhelm mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie die Versammlung.

Gittersee.

Am Freitag den 17. November fand im Gasthof zu Gittersee eine gutbesuchte Volksversammlung statt, in welcher auch viele Frauen anwesend waren. Die Genossen Linchen Baumann referierte über: Die Reichstagswahlen und die Frauen. Zum Schluss ihrer Ausführungen, in denen sie die deutsche Reichspolitik und das Verhalten der bürgerlichen Parteien kritisierte, forderte sie die Anwohner auf, besonders auch die Frauen, einzutreten in die sozialdemokratische Partei und mitzuhelfen bei den kommenden Reichstagswahlen. Starter Weiß löhnte die Ausführungen der Referenten. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde darauf die gutbesuchte Versammlung geschlossen. (Eing. 24.11.)

Veranstaltungen.

6. Kreis. Bezirk 9. Versammlung in Niederhermsdorf. Der Vorstand berichtete wurde debattiert angenommen. Als Stellvertreter des Bezirksvertreters wird Genosse Rietzschel gewählt. Des Weiteren wird auf die Bekanntmachung hingewiesen, wonach gegnerische Versammlungen ohne Aufrufserklärung unverfehlt nicht besucht werden sollen. Ein Genosse kritisiert, dass verschlebene Vereine in sozialtreuen Druckerien arbeiten lassen. Von den beteiligten Genossen wird verstorben, in dieser Sache Aenderung zu schaffen. Auf einen Vortrag im Wurgwitzer Gemeinderat hin erfuhr unsere dortigen Vertreter, die Bauderoder Gemeindevertreter um Aufführung, welche von leichteren in gewöhnlicher Weise gegeben wurde. Radev erledigung einer örtlichen Angelegenheit schließt der Vorsitzende mit einem Appell für die Reichstagswahlen die Versammlung. (Eing. 24.11.)

6. Kreis. Bezirk 9. Versammlung in Niederschönhausen. Am 21. November fand im Restaurant Bringsdorff-Günthersdorf eine Mitgliederversammlung statt. Genosse Landtagsabgeordneter Ritsche hielt einen Vortrag über Verfassungskämpfe in Sachsen. Den Bericht aus dem Kreisvorstand gab Genosse Becker. Die Bürgerschaftsmusik will ein Flugblatt herausgeben, um bessere Unterstützung zu erhalten. Gerücht wurde, dass die selben bei Festzeltveranstaltungen billiger spielen als bei Arbeiterversammlungen. (Eing. 24.11.)

6. Kreis. Bezirk Gittersee u. Umg. Mitgliederversammlung am 21. November im Gasthof Bischöfle. Ein Vortrag des Genossen Georg Meinhards über das Thema Der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftswelt wurde mit grohem Beifall aufgenommen. Genosse Alfred Gündel berichtet vom Kreisvorstand sowie von der Großen Rente. Debatte fand dazu nicht statt. Die Geschichten über die Wohnungslage in Dresden sowie die vom Genossen Grabauer Wahlkampf liegen in der Bibliothek zum Kauf aus. Hierzu wurde von mehreren Genossen gewünscht, dass solche Agitationsschriften so billig wie möglich vom Kreis an die Mitglieder geliefert werden. Unter Punkt Vereinsangelegenheiten wurde gegen einige Genossen wegen Streitbruchs

Buschschluss auf der Partei beantragt. In Stelle des früheren Beitragskammlers Neubert wurde der Genosse Haase-Wiedergötter gewählt. Die Kinderschutzkommission für unseren Bezirk wurde neu gewählt und erweitert. Als Beisitzer in die Bezirksverwaltung wurden die Genossen Raben und als Stellvertreterin Genossin Nicol gewählt. Die von der Bezirksverwaltung vorgenommene Kontrolle der Mitgliederversammlungen hat sich als sehr zweckmäßig erwiesen. Das Verhalten der Kleinmeindorfer Turner gegenüber den organisierten Bürgern wurde kritisiert. Des Weiteren wurden die Genossen von Gittersee aufgefordert, auf dem Posten zu sein, da man von selten einziger Leistung verfügt. Parteiplattierung in die Arbeitervereine zu tragen. Das Verhalten des bürgerlichen Frauenvereins zu Gittersee gegen die Kinderschutzkommission wurde durch einige Redner heftig kritisiert. Genossen Willy Weichbold und Herm. Nicol gaben einen Bericht von der letzten Gemeindewahl in Großburgk. Aus dem Bericht ist zu erschließen, dass unsere Vertreter in dieser Gemeinde einer exzessiven Kritik gegenüberstanden. Gewünscht wurde, dass die öffentlichen Gemeindewahltagungen von Seiten der Arbeiterschaft besser besucht werden. Die Versammlung war gut besucht. (Eing. 24.11.)

6. Kreis. 17. Bezirk. In der am 17. November im Gasthof Friedenskai stattfindenden Mitgliederversammlung hielt Genosse Weiß einen Vortrag über: Organisation und Disziplin in den Arbeiterorganisationen. Graf berichtet aus dem Gemeinderat und über die Angelegenheit mit der Baugenossenschaft Eisenheim; vor allem darüber, dass die Hausbesitzer den prächtigen Widerstand entgegengestellt und die Verwaltung sehr erschwert. Seit kurzem hat die Gemeindeverwaltung den Verlauf von Fischen und Karoffeln in eigene Regie übernommen. Der von der Gemeinde Eisenheim gestellte Antrag auf Verschmelzung der Gemeinden Kleinwilsdruff und Remnitz wurde von den Bürgerlichen aus Kurzzeit abgeschlossen. Es wäre aber jedenfalls im Interesse beider Gemeinden für die spätere Weiterentwicklung gewesen, diesen Antrag anzunehmen, da doch schon beide eine Schulgemeinde bilden. Auch wurde eine Vorlage der Schulbehörde betreffs der Jugendorganisation von den bürgerlichen Vertretern ange nommen. (Eing. 24.11.)

6. Kreis. Vorsitz Döhlen-Weißig. Sonntag den 19. November fand im Gasthof Saarhausen eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Scheiner mit dem Vorstandsbereich gab, der ohne Debatte entgegengenommen wurde. Gleichzeitig nahm man den Bericht von der Kreisversammlung zur Kenntnis. Im weiteren Verlauf kam es zu einer längeren Debatte betreffs eines Mitgliedes, welches beschuldigt wurde, während des Scholabenerhebels nach einige Tage gearbeitet zu haben. Da man aber keinen bestimmten Vorwurf in Händen hatte, übergab man diesen Punkt der Gruppenverwaltung. In Stelle des vergangenen Genossen Stielzig wurde Genosse Rietzschel. Bauderode einstimmig alsstellvertreter des Bezirksführers gewählt. Weiter fanden einige Döhlener Gemeindeangelegenheiten zur Sprache, von denen man einen Punkt der Gruppenverwaltung zur Aufführung überließ. Am Sonntag den 26. November findet im Damms Gasthof in Unterpörlitz ein Theaterabend statt. Zum Schluss fordert Genosse Scheiner noch auf, sich an der Wahlarbeit zahlreich zu beteiligen. (Eing. 24.11.)

6. Kreis. Bezirk Döhlen-Weißig. Sonntag den 19. November fand im Gasthof Saarhausen eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Scheiner mit dem Vorstandsbereich gab, der ohne Debatte entgegengenommen wurde. Gleichzeitig nahm man den Bericht von der Kreisversammlung zur Kenntnis. Im weiteren Verlauf kam es zu einer längeren Debatte betreffs eines Mitgliedes, welches beschuldigt wurde, während des Scholabenerhebels nach einige Tage gearbeitet zu haben. Da man aber keinen bestimmten Vorwurf in Händen hatte, übergab man diesen Punkt der Gruppenverwaltung. In Stelle des vergangenen Genossen Stielzig wurde Genosse Rietzschel. Bauderode einstimmig alsstellvertreter des Bezirksführers gewählt. Weiter fanden einige Döhlener Gemeindeangelegenheiten zur Sprache, von denen man einen Punkt der Gruppenverwaltung zur Aufführung überließ. Am Sonntag den 26. November findet im Damms Gasthof in Unterpörlitz ein Theaterabend statt. Zum Schluss fordert Genosse Scheiner noch auf, sich an der Wahlarbeit zahlreich zu beteiligen. (Eing. 24.11.)

6. Kreis. Bezirk Potschappel u. Umg. Am 18. November fand im Deutschen Haus Gruppenversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Gemeindevertreters. 2. Bericht der Kinderschutzkommission. 3. Kreisvorstandsbereich. 4. Vereinsangelegenheiten. Zum 1. Punkt berichtet Genosse Müller. Vierter Tag aller Mühe sei es den Vertretern noch nicht gelungen, mehr Einfluss auf die Gemeindeangelegenheiten auszuüben, da die bürgerlichen Vertreter die erdrückende Mehrheit bilden. Seit 1885 beschäftigte sich die Gemeinde mit dem Flächennutzungsplan, der jetzt noch nicht erledigt sei. Die Schuldaten tragen zum größten Teil die Stanislawen. Während man früher bei Neubauten einen Abstand von 50 Metern verlangt habe, sei er jetzt auf 150 Meter festgelegt. Dadurch sei die Bauaktivität sehr erschwert. Der Antrag auf Bau von Arbeitersiedlungen sei abgelehnt worden. Die Beschaffung der Bürgerstraße sei eine bringende Notwendigkeit. Die Gemeinde möge die Kosten auf sich nehmen, die Amtshauptmannschaft verlange aber Klaranlagen, welche die Gemeinde noch mit 20.000 bis 40.000 St. belasten würden. Unser Antrag, die Übernahme der Armen- und Waisenhäuser auf den Staat, sei abgelehnt worden. Die Leiterungsanträge sind noch nicht zur Verhandlung gekommen, jedoch habe der Finanzausschuss sich damit beschäftigt und es sind bis jetzt 277 Rentner Kartoffeln a. 2,70 R. und 214 Rentner Fische bestellt worden. Genosse Knappe berichtet über Schulangelegenheiten und die Anträge der Fortbildungsschüler und Kinder der Vereinsfestslichkeiten die Genehmigung des Schulleiters einholen sollen. Genosse Schaub. Niederschleife will nur die wichtigsten Angelegenheiten berichten und einen ausführlichen Bericht in einer Einwohnerversammlung geben. Er behandelt den Konflikt unserer Genossen mit den bürgerlichen Vertretern, die versucht hatten, uns im Hinzausbau auszugleichen. Zur Vertretung im Überbaufürsorgeverband haben die drei Gemeinden Niederschleife, Bauderode und Wurgwitz den Gemeindevertreter von Bauderode gewählt. Ferner machte er noch auf das Bestreben des Landesbaudienstes für Jugendfürsorge aufmerksam, das darauf ausgeht, die proletarische Jugend für Geländespielen usw. zu gewinnen. Da die Nachbargemeinden wegen gemeinsamen Einflusses von billigen Lebensmitteln nicht geantwortet haben, habe die Gemeinde es selbst in die Hand genommen und 200 Rentner Kartoffeln zum Preis von 8,50 R. umgesetzt. Genosse Becker. Potschappel behandelt zunächst die Verschmelzungfrage der vier Gemeinden, die durch die Verhältnisse der bürgerlichen Vertreter und der Hausbesitzer wieder in weite Ferne gerückt sei, trotzdem der Bezirksausschuss sich wohlwollend dazu verhalten habe. Nachdem er über Steuerarten, Armenlosen und Wegeverbündnisse berichtet hat, kommt er auf die Leiterungsanträge und die Maßnahmen, welche die Gemeinde dagegen getroffen hat, zu sprechen. Redner macht dann noch längere Ausführungen über das Verhalten der nationalen Partei, die Angen zu gewinnen. Genosse Wappeler berichtet die Wasserfahrlamkeit und die vorgeschlagene Aenderung des Steuerregulatius. Genosse Fleischer macht noch auf die bestehenden Stiftungen der Gemeinde aufmerksam, wo Lehrlinge und alte Leute Unterstützungen gewährt werden. Der Bericht der Vertreter von Döhlen wird zurückgestellt und Genosse Eichhorn macht auf die am 2. Dezember stattfindende Einwohnerversammlung aufmerksam. In der Debatte führt Genosse Weiß aus, dass die Genossen mit dem Bericht der Vertreter zufrieden seien, wenn sie aber jedoch gegen die Liebergruppe eingetretene Gemeinden und Hausbesitzer, die bestrebt sind, arme und kinderreiche Familien aus einer Gemeinde in die andere abzuschieben. Ferner leitert er die rücksichts- und geschmacklose Gaumeise der Staatsdampf bei der Potschappel bei der Abgabe von billigen Lebensmitteln. Auch Genosse Kahmann kritisiert die große Rücksichtnahme und möchte die Vertreter auf verschiedene Vorortgemeinden in der Fortbildungsschule und Schule aufmerksam machen. Ferner erläutert er, dass das Material, was über die Jugendfürsorge in den Gemeinden behandelt werde, auszugeben. Nachdem noch die Genossen Wolke und Böhniß gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schluss der Debatte gegen wenige Stimmen angenommen. Da die Zeit schon weit vorgezeichneten war, wurden die nächsten Punkte der Tagesordnung genehmigt. Go-

nosse Böhl machte noch auf die Gemeinderatswahl in Döhlen aufmerksam sowie auf die nächste Woche stattfindende Kommunalwahl aufmerksam und bildet den am Sonnabend im Deutschen Haus stattfindenden Theatertag im Deutschen Haus. Weih gibt bekannt, dass zugunsten der Genossen Nicol entschieden. Wegen Bräuwallt Schießerei eines Steinbruches und wurde beseitigt. Der leidende Arbeitervolk wurde einige Tage später, am 2. Januar bei einer anderen Feierlichkeit aufgerufen und es wurde eine Feierlichkeit durchgeführt. Auf dem Platz vor dem Gasthof nach Jahn's Gasthof zu überführen. Die Bücherausgabe erfolgte noch wie vor jedem Sonntag, vornehmlich von 11 bis 12 Uhr; außerdem für die Besucher der Gruppenveranstaltung von 11 bis 12 Uhr. Auf Gründung der Gruppe Gittersee wurde eine Feierlichkeit durchgeführt. (Eing. 24.11.)

6. Kreis. Gruppe Gittersee. Gruppenversammlung am 20. November. Vortrag über das Thema: "Sozialdemokratie und Sie". Große Gruppe erzielte einen Bericht aus der Kreisversammlung. Besonders begrüßt wurde die Mittelstellung, die auch im Blauen Bande von einem Scholz oder Röthe-Han-Schiff abgehalten wurde. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde beschlossen, die Bildungsstunde für die Befürworter der Gruppe Gittersee einzurichten und es wurde eine Feierlichkeit durchgeführt. Auf Gründung der Gruppe Gittersee wurde eine Feierlichkeit durchgeführt. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmässig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)

Gastwirtschaften, Gastlosen Herausgeber, Versammlung am 20. November. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Alle drei Personen beschäftigt sind, eine Arbeitsordnung ausgearbeitet ist; darunter gehören auch Vertreter, welche regelmäßig betrieben werden. So hier am Ort zu bemerken ist, dass die Betriebe in Sachen Bundesstaatsverordnung und Gewerbeaufsicht überwacht werden, wobei die Kollegen aufzugeben. Mitarbeiter zu bemerken, damit die Wirtschaft darauf hinweisen werden kann, dass noch auf die Erfahrungen im Gastwirtschaften vertraut werden kann. (Eing. 24.11.)</

